

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenseitige Postzeitung oder deren Raum 100 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 185.

Mittwoch, den 10. August 1921.

28. Jahrgang.

Lloyd George und Briand.

Der zweite Tag der Pariser Konferenz.

Lübeck, den 10. August.

Schon der zweite Tag der Konferenz des Obersten Rates hat die Verhandlungen auf ihren Höhepunkt geführt. Lloyd George hat, und zwar mit außerordentlicher Bestimmtheit, seinen Standpunkt vertreten, daß England niemals einer ungerechten Lösung zustimmen werde. Das Industriegebiet habe eine deutsche Mehrheit, deshalb müsse es auch bei Deutschland bleiben. Wenn man einfach die Gemeinden zähle, ohne Rücksicht auf ihre Größe, so sei das eine Bevorzugung der Bauern vor den Handwerkern und Arbeitern; und das sei unbillig. Deshalb schlägt er eine gebietsweise Stimmauswertung vor.

Briand trat dem mit dem Gedanken entgegen, daß man das Industriegebiet nicht willkürlich abgrenzen könne, sondern, daß auch Plesch und Krynitz innerhalb der natürlichen Grenzen des Industriebezirks lägen. Mit diesen beiden Bezirken aber habe das ganze unteilbare Wirtschaftsgebiet der oberösterreichischen Industrie eine polnische Mehrheit.

So steht die Meinung gegen die Meinung. Irgend eine Voraussage über die kommende Lösung ist unmöglich. Jetzt steht nur eines, (übrigens nicht erst seit gestern), daß ein ungeteiltes Oberösterreich überhaupt nicht in Frage kommt. Die Kreise Plesch und Krynitz sind für Deutschland sicher verloren; und Teile der Kreise Lublitz und Rosenburg und wahrscheinlich auch Tarnowitz, sind stark gefährdet. Wer das bisher nicht einsehen konnte, der war entweder wirklich dumm, oder er stellte sich wenigstens so aus einer gewissen Bauernschlaue heraus, um damit Engländer und Franzosen zu betrügen.

Aber es besteht begründete Aussicht, daß wir das ganze Industriegebiet behalten werden; ist doch bestimmt anzunehmen, daß Lloyd George in diesem Punkte festbleibt. Besonders wird der zähe und feste Curzon, der englische Außenminister, dafür sorgen, daß nicht eine der unberechenbaren Launen des Ministerpräsidenten die ganzen englischen Pläne über den Haufen wirft.

In seiner wallisischen Heimat wurde dieser Tage Lloyd George ein Denkmal gesetzt. Die irische Verständigung, die Einleitung der Weltabrüstung sind Taten, die ein Denkmal für diesen bedeutendsten englischen Staatsmann seit Gladstone wohl rechtfertigen. Er kann sich das Denkmal noch mal und dann erst recht verdienen, wenn ihm eine gerechte oberösterreichische Lösung gelingt. Müht er damit doch dem Frieden Europas, und damit der Welt, mehr, als mit allen Völkerbunds- und Abrüstungskonferenzen.

Möge diese Woche die Entscheidung fallen, als ein Triumph der Gerechtigkeit über den polnischen, deutschen und französischen Nationalismus.

Eine Rede Lloyd Georges.

III. Paris, 9. August.

Die Vormittagsitzung begann mit den Vorträgen der alliierten Oberkommissare in Oberschlesien. General De Rond erklärt, die Lage sei sehr ernst. Man dürfe die Sicherheit der alliierten Truppen nicht aus dem Auge verlieren, die durch das Weiterbestehen der deutschen Truppe gefährdet ist. Er verlangt eine schnelle Lösung. Der englische Oberkommissar, Sir Harold Stuart glaubt nicht an eine unmittelbar bevorstehende Gefahr, obwohl auch er davon überzeugt ist, daß die deutsche Organisation weiter bestehe. Die Gefahr würde erst dann zum Ausdruck kommen, wenn Polen die Deutschen angreifen würde. In diesem Falle wären die alliierten Truppen ungenügend. Dieser Lage müßte ein Ende gemacht werden. Der italienische Oberkommissar, General de Marini, glaubt ebenfalls nicht an eine unmittelbar bevorstehende Gefahr, aber tritt trotzdem für eine schnelle Lösung ein.

Sodann ergriff Lloyd George das Wort. Der englische Premierminister wies zunächst auf die Schwierigkeit des oberösterreichischen Problems hin und drückte seine Freude über die Anwesenheit des amerikanischen und japanischen Delegierten aus. Die Lösung des oberösterreichischen Problems, so erklärte er, hänge von den drei Mächten ab, die in der Lage sind, militärische Verstärkungen nach Oberschlesien zu entsenden, nämlich England, Italien und Frankreich. England und Italien vertreten denselben Standpunkt, nur Frankreich nimmt einen entgegengesetzten Standpunkt ein. So warm auch der Wunsch Englands ist, die Frage geregelt zu wissen, so ist der englische Premierminister doch davon überzeugt, daß es im Interesse des Weltfriedens liege, daß die Lösung nicht gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung erfolgen darf. Lloyd George erklärte, daß Oberschlesien seit 700 Jahren germanischem Boden angehört, d. h. länger, als die Normandie Frankreich gehört. Allerdings habe Schlesien zu Österreich gehört, bevor es ihm von Friedrich dem Großen entrissen wurde. Aber selbst in diesem Falle wäre das Gebiet 300 Jahre lang

deutsch, d. h. länger, als Elsass-Lothringen eine französische Provinz war, bevor es Frankreich 1871 entrissen worden ist. Von einer Gesamtbevölkerung von 5,2 Millionen seien nur 1,3 Millionen Polen. Das Abstammungsgebiet umfasse nur einen Teil Schlesiens und trotzdem habe die Abstimmung vom 20. März für Deutschland eine Mehrheit von sieben Stimm gegen vier Stimm für Polen erhalten. Es ist unzulässig, daß das Industriegebiet als eine künstliche Schaffung betrachtet wird. Es ist ferner unzulässig, daß die Abstimmung eines Bauern mehr Wert haben soll, als diejenige eines Handwerkers. Die Industriegebiete, die sich mit 2 : 1 für Deutschland ausgesprochen haben, werden Deutschland zuerkannt. Die an das Industriegebiet angrenzenden Regionen müssen einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, um zu sehen, in welcher Weise sie dem Industriegebiet angegliedert werden können. Infolgedessen schlägt der englische Premierminister vor, daß die Sachverständigen neue Instruktionen auf folgender Grundlage erhalten sollen:

1. Die Ergebnisse der Abstimmung sind nach Köpfen und nicht nach Gemeinden auszuwerten.
2. Deutschland erhält alle Industriezentren, in denen es eine Mehrheit von 2 : 1 gegenüber den Polen erzielt hat.
3. Wenn eine der beiden Parteien im Zentrum eines Abschnittes die Mehrheit erzielt hat, so werden ihre auch die benachbarten Gebiete zugesprochen, die wirtschaftlich von diesen Mittelpunkten abhängig sind.

Briands Gegenrede.

Paris, 9. August.

Zu Beginn der Sitzung am heutigen Nachmittag ergriff Briand das Wort, um den französischen Standpunkt bekanntzugeben. Er erklärte zunächst, Frankreich hätte nicht die Absicht, einem Verwundeten auf dem Schlachtfelde den letzten Stoß zu versetzen. Aber schließlich müsse es nach jedem Kriege Sieger und Besiegte geben. Frankreich wünste ebenso sehr wie die übrigen Mächten dem Besiegten ein gerechtes Los zu sichern. Briand erklärte, daß die Entente beschlossen habe, das polnische Volk wieder auferstehen zu lassen. Unter diesen Umständen stellt sich sofort die Frage der Grenzen des neuen Staates. Die Friedenskonferenz habe dieses Problem vom technischen Standpunkte aus geprüft. Briand erinnerte an die Art und Weise, in der die Abstimmung in Oberschlesien vor sich ging. Alle Welt müsse sich darüber klar sein, daß eine Abstimmung denselben Wert habe wie die andere und daß die Stimme eines Bauern nicht minderwertiger wie diejenige eines Arbeiters sei. Vom technischen Standpunkte aus habe die Stimme eines Abgewanderten nicht denselben Wert wie die Stimme eines Bewohners, der im Lande geblieben ist, der mehr an dem Schicksal seines Landes interessiert sei als der Ausgewanderte. Man habe die Ausgewanderten an der Abstimmung teilnehmen lassen. Von den 200 000 Ausgewanderten, die an der Abstimmung teilgenommen haben, hätten 100 000 für Deutschland gestimmt. Briand spricht sodann von dem sogenannten Industriebeide. Er erklärt, daß dieses Dreieck ein künstlicher Zustand sei. Wenn man nach einer wirtschaftlichen Grenze suche, so gäbe es vom industriellen Standpunkte aus nur eine einzige, nämlich die des Industriebezirks. In diesem Industriebezirk hätten jedoch die Polen eine Mehrheit von 50 000 Stimmen. Diese technischen Betrachtungen mühten vorzuherrschen. Die französische Regierung habe sich in ihrem Projekt von ihnen leiten lassen. Deutschland erhalte die Mehrheit der Einwohner, die für Deutschland gestimmt haben und Polen die Mehrheit derjenigen, die für Polen gestimmt haben. Das wäre in dem englischen Projekt nicht der Fall, das 70 Prozent der polnischen Stimmen Deutschland zuerleiße, während Polen nur 11 Prozent der deutschen Stimmen erhalte. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte der französische Ministerpräsident: Es müsse der Wunsch aller Mächten sein, eine gerechte Lösung der oberösterreichischen Frage herbeizuführen, die dem Friedensvertrage von Versailles und der Abstimmung entspreche. Die französische Regierung werde in dieser Hinsicht alles tun, was sie könne.

Sodann ergriff der italienische Ministerpräsident das Wort und trat für eine Vermittlung zwischen dem französischen und englischen Standpunkt ein. Derselbe Haltung nahm auch der japanische Delegierte Jiji ein. Der amerikanische Delegierte H. A. Wood nahm an der Debatte nicht teil.

Zum Schluß der Sitzung prüfte der Oberste Rat die Asienatische Frage und besonders den griechisch-türkischen Konflikt. Die Frage der Neutralität der Mächten wurde aufgeworfen. Die Angelegenheit wird morgen weiter behandelt werden.

Monarchistische Treuherzigkeit.

Dr. L. Lübeck, 10. August.

Irgend jemand hat das Wort geprägt: „Man sagt, durch Schaden werde der Mensch klug. Der Weltkrieg hat gezeigt, daß die Menschen durch Schaden noch dümmer werden.“

Gegen diese Dummheit, deren Vater die Lüge und deren Mutter Vergeßlichkeit ist, kämpfen alle Vernunftgründe der Welt vergeblich. An ihr prallt alles ab, was du aus der Vergangenheit und der Gegenwart für die Republik und gegen die Monarchie aufzählen magst. Wer zweifelt steht du manchmal einem Menschen gegenüber, beweist ihm haarklein, daß die Republik die bessere Staatsform, und daß die Monarchie nur eine Eisensbrücke für Dumme, Faule und Unfreie sei.

An der Dummheit, wie du glaubst, deines Gegenübers scheitert aller gute Wille. Du verzweifelst und kannst nicht verstehen, wie ein sonst verhältnismäßig kluger Mensch in diesem einen Punkte derartig unbegabt sein kann.

Lieber Republikaner, du bist in einem Irrtum; dein dummer deutschnationaler Freund ist gar nicht so dumm, wie er sich stellt. Er versteht sehr wohl deine Gründe; aber er verstopft sich seine Ohren mit dem Wachs des Nichtverstehens.

Es ist eine allerübelste Angewohnheit der Reaktion, daß sie sich, wo alles andere nichts hilft, dummschallt. Hat man ihr irgend etwas noch so deutlich auseinandergesetzt, so blüht sie einen treuherzigen an und erklärt, gar nicht zu verstehen zu können, worüber man sich denn eigentlich aufrege. Denn was man ihr unterschiebe, daran denke sie gar nicht. Ein solcher Fall, der einem schon zum Halbesheraushängt, ist der Flaggenstreit. Schwarz-Weiß-Rot soll monarchisch sein? Bewahre, keine Spur! Man ist bloß in der ganzen Welt so daran gewöhnt, daß am Erdboden kein Mensch wüßte, was das republikanische Schwarz-Rot-Gold bedeutet. Selbst wenn man es beschreiben in die Güter der Handelsflagge setzte, würde der Anblick den Beschauer irritieren; er würde vielleicht gar nicht auf den Gedanken kommen, daß das deutsche Schiffe seien. Und außerdem sieht ja das reine Schwarz-Weiß-Rot viel hübscher aus. Ein paar Worte von der ruhmreichen Tradition der Flagge fallen dann auch allenfalls noch. Aber an Wilhelm, nein, an Wilhelm denkt kein Mensch, der auf Schwarz-Weiß-Rot schwört. Was will man gegen so viel blaueäugige Harmlosigkeit sagen? Sagt man: „Keil, du läßt!“ dann schüttelt der andere melancholisch den Kopf, daß man seinem treuen Herzen so viel Schlechtigkeit zutraut. Der geliebte Bruder weiß genau, wie faul es um seine Sache bestellt ist, sobald er nur ein wahres Wort sagt. Da er aber doch nicht eingestehen kann, daß er ein Lügner ist — weil er ja dann sofort verrückt wäre — spielt er den Unintelligenten; und weiß Gott, er macht's so gut, daß man mitunter tatsächlich an der Leistungsfähigkeit seines Gehirns zweifeln könnte.“

Dieses schreibt sich in der „Welt am Montag“ Dr. Frosh vom Herzen. Wäre er, wie wir, gewungen, jeden Tag ein hübsches deutschnationales Blatt zu lesen, so würde er wahrscheinlich den Hauptton auf den letzten Satz gelegt haben, ja er würde ihn vermutlich abgeändert haben, statt „zweifeln könnte“, hätte er vermutlich „verzweifelt“ geschrieben.

Bekanntlich hat dieses Blatt einen Arbeiter hinter sich „stehen“ (richtiger müßte man sagen „wohnen“), der „sein“ Arbeiter ist, und an dessen „vernünftigen“ Ansichten schon mancher deutschnationales Führer seine Meinung über die Stimmung der Arbeiter „massen“ geschärft hat. Das heißt, eigentlich glaubt so ein Monarchist selbst nicht, was der liebebedienende Arbeiter ihm ins Ohr schmeißelt — weiß er doch genau, daß dieser Arbeiter vor nicht allzu langer Zeit, als der Unter seiner Gesinnung noch nicht in einigen materiellen Vorteilen und einiger Verärgerung über dies und das Grund gefaßt hatte, ganz anders dachte, redete, und — schrie, und zwar im „Volksboten“ schrieb (wollt ihr Näheres wissen? Erkundigt Euch bei Eurem Freunde Morgen über unser Geheimnis, und Ihr werdet erschreckt sein über seinen Inhalt) — aber er kann hier und dort damit glänzen. Er stellt sich dummschallend, d. h. er stellt sich, als ob er selbst daran glaubt.

Und nach Frosh hat diese Dummheit entschieden ihre Vorzüge. „Sie entbindet von der Qual des Denkens, des Sagens nach guten Gründen, und erlaubt einem, ins Blaue hineinzuquasseln.“ Das Rezept ist alt. Es kommt schon in der altfranzösischen Post vom Advokaten Battelin vor, der seinem Klienten riet, vor Gericht immer nur Bläh! zu sagen, damit man ihn für einen Dioten halte und laufen lasse; wobei freilich schließlich der Ratgeber hineinfiel, da der geliebene Dummkopf auch zu ihm, als er sein Honorar forderte, nichts anderes als Bläh! sagte. Leute, die sich mit Erfolgen dummschallend, sind, Gott sei's gegnagt, nicht allzu selten recht abgefekelt Gauener.

Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß jeder, dessen Dummheit einem märchenhaft vorkommt, auch gleich ein Gauner sein muß. Es gibt wirklich Idioten. Man empfiehlt sie dem Erbarmen des Himmels, der sie er-

Am 11. August 1919 wurde die Verfassung der deutschen Republik rechtskräftig. An ihrem diesjährigen Geburtstag wird in Berlin im Opernhaus eine Verfassungsfeier abgehalten...

Die Monarchie hat es glänzend verstanden, jede Gelegenheit auszunutzen, um für sich mit Paraden und großem schwarz-weißem Lament Propaganda zu machen. Wir sind der Meinung, daß die Republik es nicht nötig hat, mit derartigen Mitteln ihre Existenz zu festigen...

Die Deutschnationalen, die deutschösterreichischen und sonstige Anhänger der alten „herrlichen Zeiten“ stecken bei jeder Gelegenheit ihre schwarz-weiß-rote Fahne hinaus. Ihr Kampf gegen die Fahne der Republik kennt keine Grenzen.

Die Stimmung in Oberschlesien.

Die Stimmung in den ober-schlesischen Landesteilen ist angesichts der Lage des Obersten Rates und der hiermit in Zusammenhang stehenden Räumungen von polnischer Seite äußerst gespannt.

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften des Kreises Ratibor haben an den Obersten Rat ein Telegramm gerichtet, in dem sie auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge von Ratibor und Rybnik hinweisen.

Die Verträge der Polen, neuerdings im Sanktionsgebiet den Grenzverkehr zu propagieren, sind nicht gelungen.

Der Abg. Breitscheid über Paris.

Berlin, 10. August. In der „Freiheit“ veröffentlicht der unabhängige Abg. Breitscheid einen längeren Artikel, in dem er sagt: Ganz Oberschlesien bleibe Deutschland unter keinen Umständen erhalten und es ist gut, daß das Kabinett Wirth in letzter Zeit darazü verzichtet hat...

Polen verlangt von Deutschland Pferde.

Berlin, 10. August. Vor einiger Zeit hat die polnische Zeitung „Przeglad Wiczojorny“ berichtet, daß eine Kommission nach Wiesbaden abgereist sei, um die von Deutschland am Grund des Artikels 228 des Vertrages von Versailles an Polen zu liefernden Pferde in Empfang zu nehmen.

Berlin, 10. August.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund erläßt einen Aufruf, in dem er seine Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im Reich auffordert, bei den bevorstehenden Lohnbewegungen einig und geschlossen mit dem Gewerkschaftsbund zu gehen.

Internationaler Metallarbeiterkongress.

Berlin, 9. August.

In Luzern begann am Montag der Kongress des Internationalen Metallarbeiterverbandes unter Leitung von Jlg. Erschienen waren 56 Vertreter aus Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Polen, Norwegen, der Tschechoslowakei und der Schweiz.

Die Steuervorschläge des Kabinetts.

In Berlin, 10. August. Wie die „Zentrums-Korrespondenz“ von unterrichteter Seite hört, unterliegen zur Zeit der Reichsregierung noch sehr weitgehende Pläne der Bearbeitung. Diese werden aber erst nach der Klärung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage zum Abschluß gebracht werden können.

Das Unrecht der Sanktionen.

Von Erwin Barth.

Unter Sanktionen versteht man einen feierlichen Bekräftigungsakt. Dieses schöne Wort haben sich die Herren Wilson, Clemenceau, Lloyd George und die anderen als Mantelchen für etwaige Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland gewählt und im Versailler Vertrag niedergeschrieben.

Als am 7. März 1921 die Londoner Verhandlungen der Alliierten mit dem deutschen Außenminister Simons resultatlos endeten, wurden am nächsten Tage die ersten der angebrohten Sanktionen in Kraft gesetzt. Ueber die im Friedensvertrage vereinbarte Besetzungslinie hinaus wurden zunächst Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort durch zahlreiche Truppen besetzt.

Die „Sanktionen“ verstoßen gegen den Friedensvertrag von Versailles. Im Artikel 270 dieses Vertrages wird von etwaigen Zollmaßnahmen gesprochen, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete (besetzte Gebiete) zu wahren.

Der alleinige Zweck der Sanktionen war, den Widerstand Deutschlands gegen die Pariser bzw. Londoner Beschlüsse der Alliierten zu brechen. Dieser Zweck war am 12. Mai erreicht; die deutsche Regierung hat das Ultimatum angenommen und bisher logischerweise alle Fristen pünktlich eingehalten.

Das Rheinland ist ein ferndeutsches Land. Was es heute ist, ist es als ein Stück von Deutschland geworden. Seine ganze Wirtschaft ist gemeinsam mit der gesamtdeutschen Wirtschaft geworden. Gewerbe, Industrie und Handel sind mit dem Reiche entwikkelt worden und auf Geheiß und Verberß mit ihm verwoben.

gebietes hat katastrophal gewirkt. Wehr noch auf die Wirtschaft des besetzten, als auf die des unbesetzten Gebietes. Die Aus- und Einfuhrzölle wirken doppelt verteuernd auf die rheinischen Fabrikate.

Als besonders erschwerend kommt dazu noch die Notwendigkeit, sich jede Aus- und Einfuhr von dem alliierten Ein- und Ausfuhramt bewilligen zu lassen. Allein beim Ein- und Ausfuhramt in Gms laufen alltäglich 10-25 000 Bewilligungsanträge ein.

Die feindlichen Staaten haben in der Tat insbesondere durch die das härteste Stück der Sanktionen bildenden und das Rheinland abschneidenden Zollsanktionen einen Hieb geführt, der zerschmetternd wirken mußte.

Die Hauptwirkungen sind: 1. Schwere Verluste und Verteuerung der Beschaffung der Rohstoffe und Halbfabrikate.

2. Ausbleiben neuer und Aufhebung schon erteilter Aufträge und Verlust alter Geschäftsbeziehungen.

3. Der Wettbewerb auf dem deutschen und auf dem ausländischen Markt wird erschwert.

4. Betriebsbeschränkungen und -Stilllegungen. (Trotz der Anordnung von Aufräumungs- und anderen unproduktiven Arbeiten und trotz der gegenwärtigen allgemeinen tariflichen Arbeiterurlaube können die Betriebe nur teilweise arbeiten.)

5. Die Arbeitslosigkeit steigt. (Die Arbeiter sind entweder brotlos oder haben ein im Umfange der Arbeitsstreckung verfürztes Einkommen.)

Das sind nur einige Angaben. Dazu kommt noch die Ausbreitung des durch die Zollmauern begünstigten Schieber- und Schmuggelums.

Wenn die Welt wieder in Ordnung kommen soll, muß das Konfliktsgift beseitigt, muß eine persönliche Einigung unter den Völkern geschaffen werden.

Wenn die Welt wieder in Ordnung kommen soll, muß das Konfliktsgift beseitigt, muß eine persönliche Einigung unter den Völkern geschaffen werden.

Wir wollen endlich Ruhe haben und Freiheit für das Leben unseres Volkes und eine bessere Existenzsicherheit für unsere Arbeiterschaft.

Der Gumpf.

V. Es war bereits vor dem Kriege in Frankreich ein offenes Geheimnis, daß die große französische Presse im Jahre 1914 die Zarenregierung stand. Namentlich die russischen Milliardenanleihen, die in Frankreich von Zeit zu Zeit lanciert wurden, boten einen verhältnismäßig einfachen Weg, um die hauptsächlichsten Zeitungen in

Paris und in der Provinz mehr oder minder indirekt zu befestigen. Oberster Rubelverteiler war der russische Finanzagent in Paris, Koffalowitz, die rechte Hand des Botschafters Swolski. Es war u. a. Stadtbekannt, daß der politische Direktor des „Temps“, Adrien Hébrard, und dessen Außenpolitiker, André Tardieu, in materieller Abhängigkeit von der russischen Botschaft standen. Indessen konnte der positive Beweis dieser systematischen Korruption niemals erbracht werden. Solche Beweise können erst jetzt zum Vorschein kommen, nachdem die Botschaft in den Besitz der russischen Geheimarchiv gelangt sind und hin und wieder einige kompromittierende Dokumente zu veröffentlichen. Es handelt sich um ein Geheimtelegramm des Gehilfen im russischen Ministerium des Äußeren Meratow an den Pariser Botschafter Swolski:

Am 29. August 1916, Nr. 3934, Ziffer 410403: Vertraulich.

Der Petersburger Korrespondent des „Temps“ hat in Befolgung von Instruktionen seiner Redaktion die Frage aufgeworfen, ob seinem Blatt eine Unterstützung in Höhe von 150 000 Fr. jährlich während zweier Jahre gewährt werden könnte, wofür sich die Redaktion verpflichten würde, jährlich 72 Telegramme aus Petersburg abzubringen, die die außenpolitischen Fragen in einem uns erwünschten Sinne beleuchten würden.

Die Durchführung dieses Vorschlages wird der „Agence Telegraphique des Balkans“ anvertraut werden, die ein Bureau in Petersburg eröffnen soll. Außerdem hat Rivet (so hieß der damalige Petersburger Berichterstatter des sauberen offiziellen Pariser Blattes, D. Ned.) uns versichert, daß seine Redaktion bereit wäre, solche Notizen und Artikel über die russische innere Politik zu veröffentlichen, die nicht ihren eigenen Ansichten direkt widersprechen würden. Dieses Geschäft könnte für uns vorteilhaft sein, namentlich zur Zeit der Debatte über die Friedensbedingungen.

Es wäre wünschenswert zu wissen, in welchem Maße der Einfluß des „Temps“ bedeutend ist, da wir beabsichtigen, daß nur die Geschüttierung seines finanziellen Kredits in Frankreich seine Redaktion veranlaßt haben könnte, uns einen solchen Vorschlag zu unterbreiten, und dies mit einer derartigen Aufdringlichkeit.

Sie möchten uns daher ihre Ansichten hierüber mitteilen, ohne den Gesichtspunkt aus den Augen zu verlieren, daß das betreffende Blatt bereits indirekt durch unser Finanzministerium subventioniert wird, und daß außerdem die Telegraphenpreise seines Petersburger Korrespondenten von uns bezahlt werden.

Auf dieses Telegramm erfolgte am 6. September eine ausführliche Drahtantwort von Swolski, die in der „Humanité“ ebenfalls im Wortlaut abgedruckt wird, und in der bestätigt wird, daß sich die finanzielle Lage des „Temps“ seit Kriegsbeginn verschlechtert habe, so daß dann aber hinzugefügt wird:

„Es gibt indessen kein Organ in der Tagespresse, das fähig ist, die Stellung des „Temps“ einzunehmen, und es ist kaum wahrscheinlich, daß sich ein solches Blatt bis Kriegsende und bis zu den Friedensverhandlungen noch finden und sich endgültig durchsetzen würde.“

Es ist eins der für die auswärtige Politik einflussreichsten Organe, und in dieser Hinsicht kann das vorgeschlagene Geschäft unter Umständen für unsere Interessen von einigem Vorteil sein, aber nur in gewissen Fragen.“

So könnte man, meint Swolski weiter, kaum auf die Unterstützung des „Temps“ in gewissen innerpolitischen Angelegenheiten, wie der Polenpolitik und namentlich der Judenpolitik der russischen Regierung rechnen. Swolski schließt mit den Worten, es sei ihm daher schwer, einen Rat zu erteilen, „zumal die Tatsache, daß wir ein Blatt in einem verbündeten Lande gekauft hätten, falls sie bekannt werden sollte, einen ungünstigen Eindruck (!) auf die französische Regierung und öffentliche Meinung machen könnte.“ Er wolle daher auf alle Fälle auf dem laufenden gehalten werden.

Welche besonderen intimen Gründe Swolski zu dieser etwas kühlen Behandlung des „Temps“ damals veranlaßten, entzieht sich unserer Kenntnis. Es ist indessen nunmehr der unwiderlegbare Beweis dafür erbracht, daß die bürgerliche Presse Frankreichs nicht einmal den Anspruch darauf hat, mit einer großen Kokotte verglichen zu werden, die ihre festen Kunden hat, auf deren Anträge sie zu Hause wartet, sie gleich vielmehr einer Prostituierten letzten Ranges, die auf den Strich gehend sich ausdringlich anbietet, wenn die freiwillige Kundschaft ausbleibt.

Und so was hat während sieben Jahre von „Recht“, „Gerechtigkeit“, „Zivilisation“, „Demokratie“ gesprochen. Zu den bedeutendsten Mitarbeitern dieses „angesehenen“ Blattes gehört Herr Raymond Boincaré, bis vor kurzem Präsident der französischen Republik. Wir gratulieren der französischen Republik.

Frauen als Galenrichter.

Der Reichsrat hat bekanntlich den Regierungsentwurf über die Heranziehung der Frauen zum Schöffengericht mit 31 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Diese Ablehnung ist an sich nicht so verwunderlich, da der Reichsrat ja schon öfter einen stark reaktionären Geist geoffenbart hat. Interessant ist aber die Begründung der Auffassung des Reichsrates. Es heißt da, die Frau sei mehr als der Mann „gefühlsmäßigen Einflüssen“ unterworfen. Die Frau befinde sich öfter in einem Zustand „erhöhter Reizbarkeit“. Die Frau stehe an „Entschlußfähigkeit“ und an „Kraft zu energischem Durchgreifen“ hinter dem Manne zurück. Die Frau vermeide die Strafrechtspflege.

Ein Blick in die frauenfreien Gerichtsstuben zeigt zur Genüge, daß auch die männlichen Rechtsfinder des öfteren recht stark „gefühlsmäßigen Einflüssen“ unterliegen. „Erhöhte Reizbarkeit“ findet sich auch bei Juristen, die sonst über eine wunderbare Ruhe verfügen. Was aber die „Verweigerung der Strafrechtspflege“ betrifft, da ist zu sagen, daß die Urteile sonst sehr spartanisch gestimmter Herren oftmals recht „maßvoll“ und wiederum Urteile sonst ganz „braver Turteltauber“ drakonischen Geist atmen. Weichheit und Härte des Urteils hängt von ganz anderen Dingen ab als von dem Unterschied der Geschlechter.

Über man braucht sich ja über die Ansichten des reaktionären Juristenelementes nicht mehr zu wundern. Leute, die ein Argument „verzapsen“ wie diese: Ein Mann unterwerfe sich nicht dem Urteile einer Frau, müssen als Wahrer und Pfleger des Rechtsgefühls und des Gerechtigkeitssinnes wirklich etwas merkwürdig erscheinen.

Der künftige Wirtschaftsaufbau und die soziale Frage.

In der nächsten Nummer der Betriebsrätezeitung erscheint ein wertvoller Artikel, der sich aus der Wiebergabe eines Vortrages von Professor Dr. Lederer vor den Berliner Betriebsräten und des wichtigsten Teiles der nach dem Vortrag stattgefundenen Diskussion zusammensetzt. Der Vortrag des Professors Dr. Lederer wird später als Broschüre erscheinen. Wir geben zunächst die Kerngedanken in den Ausführungen Lederers wieder:

Seit 1913 ist eine bedeutende soziale Umschichtung erfolgt. Rentner, Mittelstand, Beamte sind in eine erheblich tiefere soziale Lage gesunken. Es handelt sich nicht etwa um einen zu starken Wertschlag, der wieder zur Gleichgewichtslage zurückkehren kann, vielmehr sind große Kapitalgewinne, ist der neuerstandene Reichtum festgeworden durch seine Anlegung in Produktionsmitteln. Es hat durch die Geldbewertung eine ganz gewaltige Expropriation stattgefunden. Dagegen ist der Verarmungsprozeß nicht nur zum Stillstand, sondern zur rückläufigen Bewegung gekommen, über Erwarten schnell ist die Wiederherstellung der Produktionsmittel und Arbeitskräfte erfolgt. Die Flucht von Kapitalien ins Ausland hatte einen sehr großen Umfang angenommen. Auch hier sehen wir eine Umkehrung; denn die gewaltigen ausländischen Guthaben bei unseren Großbanken sind offenbar in erheblichem Grade zurückgekommene deutsche Kapitalien. Die Kapitalisten haben wieder Vertrauen zur deutschen Wirtschaft.

Wir haben es einerseits in der Privatwirtschaft mit einem Aufbau der Kräfte zu tun, während das Reich ungekehrt seine Schulden ständig vermehren mußte. Nur durch Uebertragung unseres Besitzes an das Ausland helfen wir uns.

Bis jetzt haben wir die Schwere der Reparation noch nicht empfunden. Wir werden aber jährlich 150 bis 160 Milliarden auszubringen haben, dadurch, daß der Staat selbst mittels Steuern auf einen entsprechenden Teil unserer Produktion Beschlag legt. Aus dem Arbeitsertrag von zwei Personen müssen drei leben, da der Ertrag der dritten Person vom Staat beschlagnahmt werden muß. Werden hohe direkte Steuern erhoben, dann bedeutet das Konfiskation, wodurch der Anreiz zur Vermögensbildung fortfällt. Man schlachtet die Henne, die die Eier legen soll. Indirekte Steuern aber bedeuten Steigerung der Warenpreise, bei gleichbleibendem Lohn Senkung der Arbeitsfähigkeit und deshalb auch Drosselung der Produktionskräfte.

Betrug früher die steuerliche Belastung 5 bis 10 Proz. des Einkommens, so wird sie jetzt ein Drittel bis zwei Fünftel, (also 30 bis 40 Proz.) betragen müssen, während wir früher stabile Währung und Preise hatten, ist heute alles in Fluß. Deshalb hat die Belastung der Verbrauchsgüter und des Besitzes nicht die Wirkung, die bei stabilen Verhältnissen unabwendbar eintreten müßte. Denn Einkommen und Preise werden jeden Tag neu bestimmt. Die Verteilung der Einkommen, der Kaufkraft ändert sich ständig, die Machtverhältnisse der Arbeiterschaft, der Schichten der Bevölkerung überhaupt über einen erheblich größeren Einfluß aus als die Steuerverhältnisse.

Vielfach wird behauptet, die Reparation sei überhaupt unausführbar, weil der Absatz für die deutschen Waren auf dem Weltmarkt in Höhe der Reparationsforderungen fehle. Das ist theoretisch gesehen nicht richtig; denn wir exportieren nicht nur Waren, sondern durch den gleichzeitigen Export der Devisen, die wir als Gegenwert erhielten, auch Einkommen für die Völker, denen wir die Waren zum Kauf liefern. Wir schaffen also die Kaufkraft in den Ententeländern. Dort wird der Steuerzahler entlastet, sein Einkommen steigt, seine Kaufkraft erhöht sich.

Nun haben wir aber noch eine Weltwirtschaftskrise, zu deren Beseitigung der Kapitalismus eine Hungerkur durchmachen muß. Zu hohe Gewinne, Aufschläge auf die Produkte hindern die Arbeiterschaft, die von ihr erzeugten Waren zurückzukaufen zu können.

Wenn wir die Reparation leisten wollen, und das müssen wir aus politischen Gründen doch tun, oder es wenigstens ehlich versuchen, dann kann nur eine Kombination verschiedener Methoden in Frage kommen: 1. Einschränkung des Verbrauchs. 2. Steigerung der Produktion. 3. Verzicht auf Vermögensgüter, Verkauf volkswirtschaftlicher Substanz, Verkauf von Kapital an das Ausland. — Ein vierter Weg, die Auswanderung, ist durch die Einwanderungsbeschränkung in fremden Ländern zurzeit undenkbar.

Lehnen wir die projektierten Steuern ab, so müssen eben Noten gedruckt werden, was nichts anders als eine indirekte Steuereinzahlung bedeutet durch die Geldentwertung, so daß doch die Masse alles bezahlt.

Wollen wir aber unser Kapital, das heißt unsere Aktien, Hypotheken usw. verkaufen, so müssen wir bei der mangelnden Nachfrage nach Kapitalgebern auch sehr billige Preise dem Ausland stellen. Diese ungünstige Lage zu ändern, haben wir zunächst keine Macht. Wir müssen daher mit einer Verringerung unseres Volkvermögens rechnen — als Konsequenz der Zwangslage, welche uns zu Leistungen weit über unsere Fähigkeit hinaus nötigt. Was bedeutet diese Lage für die Arbeiterschaft?

Ein Unterschied unserer Lage besteht heute darin, daß die Hauptschwierigkeit der Absatz ist. Würde die Entente uns lediglich Sachleistungen in großem Umfange auferlegen, so wäre die Position der Arbeiter sozial sehr günstig und man könnte einen guten Schritt zur Sozialisierung hin tun. Eine sehr gefährliche Abirrung ist die Planwirtschaft; denn der Sozialismus ist kein bloßes Organisationsproblem, sonst wäre jede Kaserne eine sozialistische Gemeinwirtschaft. Es kommt darauf an, wer kommandiert. Entscheidend ist die Lastenverteilung. Die Folge der neuen Steuern werden soziale Kämpfe sein, weil jeder versuchen wird, die Lasten abzuwälzen. Daher erwarten uns schwere soziale Auseinandersetzungen.

Zur Frage der Planwirtschaft bemerkte in der Diskussion Dr. Striemer etwa folgendes: Die Herstellung einer sozialisierten Wirtschaft ist ein dreiteiliges Problem: 1. Herstellung einer planmäßigen Wirtschaft, die den höchsten Leistungsfaktor und Wirkungsgrad erreicht. 2. Die Umwandlung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. 3. Die Beherrschung der Wirtschaftsführung durch die Volksgesamtheit. Das Problem kann nicht mit einem Schlag gelöst werden. Heute sehen wir die Entwicklung einer kapitalistischen Planwirtschaft. Die

sen wir diese Entwicklung, die die Gesetze des freien Marktes nicht zur Auswirkung kommen läßt, sich selbst überlassen? Nein, für die Reparation muß aber die Gütererzeugung gesteigert werden. Das wird nur möglich, wenn der Arbeiter mehr verdient und größere Arbeitsfreudigkeit gewinnt kann. Je besser aber die Produktion organisiert und ausgekatteter ist, desto mehr kann der Arbeiter leisten und verdienen. Die Planwirtschaftler wollen die bestehenden Wirtschaftskörper unter die Kontrolle der Allgemeinheit stellen. Das ist praktisch möglich, wenn die gesellschaftliche Handhabe da ist. Die Volksozialisierung ist ohne technisch-wirtschaftliche Durchorganisierung der Wirtschaft unmöglich. Für die Volksozialisierung fehlen wichtige Voraussetzungen, weil drei Aufgaben zu erfüllen sind.

Professor Lederer antwortete, die Planwirtschaft habe vielleicht in einer Zeit des Mangels an Waren einen Sinn; heute aber fehle nicht das Produkt, sondern der Absatz. Die Planwirtschaft könne sozial nichts ausrichten, da sie an der kapitalistischen Struktur der Volkswirtschaft nichts ändere. Dagegen könne jetzt durch steuerliche Belastung die Rationalität der Wirtschaft gesteigert werden.

Volkswirtschaft.

Das Clearing-House.

Unter dem englischen Ausdruck „Clearing-House“ versteht man ein Ausgleichs- und Abrechnungshaus, eine Anstalt, in welcher Schulden und Forderungen der Banken und Bankiers untereinander durch gegenseitige Abrechnung ausgeglichen werden. Das erste wurde 1775 in London von einer Anzahl Bankiers als Privatunternehmen gegründet. In der Folgezeit bildeten sie sich in fast allen Ländern. Das Bedürfnis nach dem Clearing-House (sprich: Klirring-Haus) wuchs in dem Maße, in dem der Scheckverkehr sich ausbreitete. Heute, wo der Scheckverkehr allgemein geworden ist, ist das Clearing-House, wo diese Schecks gegenseitig abgerechnet und verrechnet werden, der Zentralfunkt des Geldverkehrs. Das hat die Verfeinerung der Zahlungsmittel und die kreditwirtschaftliche Verflechtung bewirkt. In Deutschland wird das Clearingverfahren durch die Abrechnungsstellen der Reichsbank bewältigt.

Die Steigerung und Ausdehnung des Scheckverkehrs über die Abrechnungsstellen der verschiedenen Länder war in den letzten Jahren enorm. Der Betrag der Einlieferung betrug bei:

	1917	1920
Bankers Clearing-House in London	19 120 000 000	39 020 000 000 Pfd.
Abrechnungsstellen der deutschen Reichsbank	93 120 000 000	695 780 000 000 Mk.
Chambre de Compensation Paris	43 880 000 000	260 800 000 000 Fr.
Newyork Clearing-House	177 400 000 000	243 140 000 000 Dfl.

Die stärkste Entwicklung ist in Deutschland zu beobachten. Die abgerechneten Summen haben sich in den 3 Jahren mehr als verdreifacht. Das hängt natürlich in der Hauptsache von der Entwertung des deutschen Geldes ab. Andererseits ist aber die Ausbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ein starker Auftrieb. Im Jahre 1913 wurden durch die Abrechnungsstellen der Reichsbank 15 1/2 Mill. Schecks verrechnet. Im Jahre 1920 stieg die Zahl der Einlieferungen aber auf über 20 Millionen Schecks.

Neben dem Bankabrechnungsverkehr muß noch auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr durch die Postämter verwiesen werden. Im Juni 1921 betrug der Umsatz im Postcheckverkehr 80 1/2 Milliarden Mark, davon entfallen 82 Prozent auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr; also auf die Verrechnung von Konto zu Konto. Man kann für dieses Jahr einen Umfang des Postcheckverkehrs in Deutschland von weit über 1000 Milliarden Mark und einen bargeldlosen Verrechnungungsverkehr bei der Post von über 900 Milliarden Mark annehmen.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welche ungeheure Massen von Zahlungsmitteln wir bereit halten müßten, wenn die im Abrechnungswege übertragene Jahressummen von fast 700 Milliarden Mark bei der Reichsbank und von rund 900 Milliarden Mk. bei den Postcheckämtern in barem Gelde hätte gezahlt werden müssen, so kann man den Segen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs leicht ermessen.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 9. August.
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	9. August.	8. August.
Holland	100 fl.	2515.—
Kopenhagen	100 Kr.	1255.—
Stockholm	100 Kr.	1687.50
Kristiania	100 Kr.	1045.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	124.—
Schweiz	100 Frs.	1370.—
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	9.50
Budapest	100 K.	20.02
Prag	100 K.	108.—
Spanien	100 Pesetas	1067.50
London	1 £	296.50
Paris	100 Frs.	640.—
Belgien	100 Frs.	617.—
Italien	100 Lire	358.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	80.87
do. briell. Ausz. od. Scheck		80.75
Bukarest	100 Lei	—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 9. August 1921.

Dampfer	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit
D.	Torneo	Blomquist	Helsingfors	3
D.	Siems	Passarge	Reudsborg	1

Angekommen am 10. August 1921.

D.	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit
D.	Westphalia	Heder	Rolbing	1
D.	Finnland	Holmberg	Albo	5 1/4
D.	Lübeck	Wulff	Gartenburg	1

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Lederer; für den übrigen Teil August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg, Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 10. August.

Die schaffende Großstadt.

Der Landbewohner bildet sich im allgemeinen seine Vorstellung vom städtischen Leben, wie er es sieht, wenn er in den Hauptverkehrszentren zufällig wochentags das Flanieren, Faulenzen und Genießen in diversen öffentlichen Lokalen beobachtet. Oder auch aus der christlichen Landpresse, in der zuweilen die sogenannte Asphaltkultur, großstädtische Buh- und Genushtucht der ländlichen Einfachheit und Arbeitsamkeit gegenübergestellt werden. Heute dürfte es ja nun so sein, und — ein klüchtiger Blick bekräftigt es — daß die häuerliche Bevölkerung durchwegs weit besser und wohlhabender mit Kleidern, Schuhwerk und zum Teil auch Buh ausgestattet ist. Einen gewissen Gradmesser für den Wohlstand am Lande hat man ja auch durch die Tatsache, daß beinahe jeder Hof heute beispielsweise mehrere Fahrräder aufweist.

Das Leben in Stadt und Land stellt sich dem Landbewohner in Gegensätzen ungefähr so dar: Hier arbeiten von früh bis spät — dort Nichtstundentag und hoher Lohn, also Wohlleben und Faulenzen.

Man kann beim großstädtischen Arbeiter noch eher Verständnis für ländliche Plage und Mühsal antreffen, als beim Bauern Kenntnis von großstädtischen Arbeitsgetriebe. Gewiss haben große Massen von Großstadtmenschen, wenn sie an das Land denken, oft nur den heute gewinnbringenden, auf freier eigener Scholle lebenden Bauernstand im Auge — wobei sie vielfach des im Schweiß seines Angesichts sich abrackernben Kleingütlers kaum gedenken — und nicht den Menschen, der mit der Natur auf du und du steht und in jähem Ringen mit ihr liegt. Aber, wann hat je ein Bauer Gelegenheit, nur einen kleinen Einblick in die schaffende Großstadt zu nehmen?

Frühmorgens, nicht viel später als auf dem Lande, aber dafür Sommer wie Winter, Herbst wie Frühling, kurz Tag für Tag in der Woche tragen die modernen Verkehrsmittel der Stadt Scharen von Werkleuten von einem Stadtteil zum andern in die Fabriken und Geschäfte. Zahlreiche Arbeiter sind durch die Wohnungsnot genötigt, oft eine Stunde Arbeitsweg in Kauf zu nehmen und, um schließlich um halb 7 oder 7 Uhr das Fabriktor passieren zu können, müssen sie nicht selten täglich um 5 Uhr aufstehen. Eine Zeit, um die der Landmann im Winter noch in den molligen Federn liegt.

Während aber der Bauer seine Arbeit im Einvernehmen, mit vielleicht auch unter Drängen der abwechslungsreichen und sowohl Sinne wie Nerven gesunderhaltenden Natur bestimmt, diktiert die moderne Maschine Tausenden und aber Tausenden ihr Arbeitstempo, ihren herrischen Willen. Statt frischer Luft gibt ihnen die Fabrik Staub- und Stickatmosphäre, sie leben gewissermaßen in einem wirbelnden Bazillenmeer. Statt Amelschlag und Verzehntziller ohrenbetäubendes Maschinengeklappe und Rädergeräusche. Statt Belebung der Sinne Abschumpfung. Dazu ein Verbrauch an Nerven- und Körperkraft (die Schwere mancher körperlicher Arbeit in der Stadt ist kaum einem Landbewohner bekannt), wie ihn ein Bauer nie kennen lernt, wie er ihn überhaupt nicht abzuschätzen vermag. Zu dem allem noch die Mühe ums tägliche Brot, das Bangen um die Zukunft. Zwischen Entwurzelte sein und Gefesselt-

gehen in den Amelsengängen der Großstadt und ihres aufreißenden Getriebes.

Kommt dann der Feiertag, so harzt nicht etwa die Erholung, sondern neue Sorgen. Wie wenig großstädtische Arbeiter gibt es heute, die einen sogenannten Feiertag, einen Sonntag für sich haben. Hat einer noch einen Garten, so wird seine äußerliche Gesamtarbeitsleistung die vieler Bauern weit übertreffen, ohne ihm die Ernährungsweise eines kleinen Bauern zu bieten.

Auf die Schultern des arbeitenden Volkes in den Städten ist eine große Last gelegt. Zu dem Opfer an Arbeit und Steuern — der Bauer sieht vielfach auf dem Geldsack — kommt ein kaum erträglicheres Opfer an Zurückhaltung gegenüber dem städtischen Wohlleben der Großen und deren Steuerhau. Ist es ein Wunder, wenn der Proletarier, der sich plagen muß, ein wenig nach Lebenslust verlangt, daß die Sinne nach Aufweckung dürsten, wenn sie Dumpsheit und Stumpsheit zu erstarren drohen?

Wirklich, wer die krassen Gegensätze, die Verteilung zwischen Licht und Schatten heute sieht, muß die Geduld der Schaffenden bewundern. Allen jenen aber, die nicht sehen und sehen wollen, sei gesagt: Ehrfürcht vor dem schaffenden, von Sorgen gekehrten Großstadtvoll!

Der Sternenhimmel im August.

In der Dämmerung er scheint als erster Stern, nahe dem Zenit, die glänzende weiße Wega in der Leier, nächst ihr Arktur, nun bereits des Abends im Abstieg begriffen, aber noch hoch am südwestlichen Himmel. Ueber dem Horizont: unter Arktur Spica, im Süden Antares. Unter Wega links Deneb, rechts Mizar. — Abends 10 Uhr. Die Milchstraße steigt in voller Schönheit, von SSW ein Arm aus dem Gebiet des Schützen, der andere vom versinkenden Skorpion her zum Zenit hinan, mitten im Schwan vereinigen sich die Zweige, und das wechselfeich schimmernde Band geht über Kepheus und Kassiopeia, Perseus und Fuhrmann zum N-Horizont hinab. Gegenüber diesem, allumspannende Gelechtsheit des Fixsterngebäudes verkündigenden Ring der Milchstraße ist der Gürtel des „Himmelsdamms“, die Ekliptik, in der die Bau- und Bewegungseinheit unseres kleinen Sonnensystems vor Augen tritt, um etwa 60 Grad geneigt. Der Verlauf der Ekliptik wird, vom Südwest zum Nordosthimmel, am August-Abendhimmel von folgenden Tierkreisbildern besetzt: Waage, Skorpion, Schütze, Steinbock, Wassermann, Fische, Widder. Man sieht, wie gering die Erhebung des Tierkreises am sommerlichen Himmel ist. Der Vollmond muß im August nur eben so hoch über dem Südhimmel kulminieren, wie im Februar die Sonne. — Am Osthimmel er scheint um Mitternacht unter Widder und Fischen das Bild des Rastisches (in dessen „Halse“ Mizar der „Wunderstern“). — Die Planeten. Am Morgenhimmel bleibt Venus etwa drei Stunden lang als prächtiger Morgenstern sichtbar. In den ersten Tagen des Monats findet man tief am Sesselbrände, in den Horizontdüstern schwer erkennbar, den Planeten Merkur für etwa 1/2 Stunde. Am 23. vormittags 11 Uhr kommt er in obere Konjunktion mit der Sonne, ist daher schon vor Mitte August wieder in den Sonnenstrahlen unsichtbar, am 10./11. Mitternacht sind Merkur und Mars in Konjunktion, Merkur 0 Grad 11 Min. südlich. Bei günstigem Wetter und freiem Horizont wird man versuchen, die beiden am 10. oder 11. morgens aufzufinden. Mars, der am 29. Juni in Konjunktion mit der Sonne und deshalb seit Mai unsichtbar war, taucht in diesen Tagen am östlichen Morgenhimmel wieder auf. Jupiter und Saturn sind unsichtbar. Uranus ist am 31. August, nachmittags 4 Uhr, in Opposition zur Sonne, daher in günstigster Lage. Neptun dagegen, im Krebs, kommt am 6. nachmittags 2 Uhr, in Konjunktion mit der Sonne und ist daher unsichtbar. — Der Mond. Erstes Viertel am 10., nachmittags 3 Uhr. Vollmond am 18., nachmittags 4 Uhr. Letztes Viertel am 26., nachmittags 2 Uhr. — Sternschnuppen sind alljährlich um den 10. August, dem Laurentiustag, besonders häufig. Manchenorts heißen diese Augustmeteore „Tränen des Heiligen Laurentius.“

Achtung, Sozialisten!

Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Heim, Rindhausen 30, Vortrag über: Unsere Stellungnahme zur Arbeiterjugend. Referent: Genosse Giesler. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Arbeitsausschuß.

Theorie und Praxis.

Die „Lübecker Anzeigen“ bringen in ihrer heutigen Morgenausgabe eine Notiz über die Kosten der Erwerbslosenunterstützung in Berlin und bemerken dazu: „Man sieht wieder, wie notwendig es ist, die Erwerbslosenunterstützung produktiv zu gestalten.“ Sehr schön! Leider haben die „Lübecker Anzeigen“, wie uns mitgeteilt wird, bisher keinen Vorschlag zu der hier gestellten produktiven Erwerbslosenunterstützung hergegeben. Theorie und Praxis ist also zweierlei.

Die höhere Witwenrente.

Es soll die höhere Witwenrente nach dem Reichsversorgungsgesetz auch dann gewährt werden, wenn die Kriegswitwe wegen der Pflege und Erziehung von Kindern nicht in der Lage ist, einem Erwerb nachzugehen. Die Ausführungsvorschriften hierzu sagen, daß die höhere Witwenrente auch dann zu gewähren ist, wenn die Pflege und Erziehung auch nur eines Kindes Zeit und Arbeitskraft der Mutter berahrt in Anspruch nimmt, daß es ihr nicht oder nur unter Aufwendung außergewöhnlicher Tatkrast oder unter Beziehung besonderer Hilfskräfte möglich wird, in annähernd gleichem Umfang dem Erwerbe nachzugehen, wie eine in entsprechender Lage befindliche kinderlose Frau. Diese Ausführungen fanden vielfach durch die Versorgungsbehörden eine Anwendung, die durchaus nicht als „wohlwollend“ anzusprechen war. Es hat deshalb auf die vielen Beschwerden hin kürzlich das Reichsarbeitsministerium folgenden Erlass herausgegeben: „Hat eine Witwe ein oder mehrere Kinder, behält sie diese im eigenen Haushalt und sorgt für sie, so wird man bis zur Beendigung der Schulpflicht der Kinder in der Regel annehmen können, daß die Witwe wegen der Pflege und der Erziehung ihrer Kinder nicht in der Lage ist, einem Erwerb nachzugehen. Geht eine Witwe neben der Pflege und Erziehung ihrer Kinder einem Erwerb nach, so wird ihr das fast immer nur unter Aufwendung außergewöhnlicher Tatkrast oder unter Beziehung besonderer Hilfskräfte“ möglich sein. Als besondere Hilfskräfte kann auch die Mutter oder eine ältere Tochter der Witwe in Betracht kommen, die die Pflege der Kinder übernimmt, während die Witwe ihrem Berufe nachgeht, und für die die Witwe, sei es auch nur durch Gewährung von Unterhalt, aufkommt. Daß die Witwe solchen Personen gegenüber unter Umständen unterhaltspflichtig ist, schließt die Gewährung der höheren Witwenrente nicht aus.“

Der Absender auf Ansichtskarten.

Ansichtskarten werden jetzt beständlich als Drucksache gegen die ermäßigte Gebühr von 15 Pf. befördert, auch wenn auf der Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind. Einzelne Postämter haben nun aus dieser Bestimmung geschlossen, daß sonst nichts auf diese Karten geschrieben werden darf. Selbstverständlich dürfen außerdem der Tag der Absendung, die Unterschrift, der Stand und der Wohnort mit der Wohnung des Absenders handschriftlich angegeben werden. Es bedurfte eines besonderen Bescheides des Reichspostministeriums, um diese Frage zu entscheiden. Die genannten Angaben sind nach der Postordnung auf allen Drucksachen zulässig.

Unfall eines Lübecker Dampfers.

Bei dem schweren Sturm, der in diesen Tagen im Ralmar-Sund wütete, ist der Dampfer „Pannover“ aus Lübeck von einem ernstlichen Unfall betroffen worden. Den „Lüb. Anz.“ wird darüber berichtet: Als der Dampfer den Anker lösten wollte, blieb die Unterkette im Telephonabel zwischen Deland und dem Festland hängen. Während der Bemühungen, loszukommen, stieß der Dampfer auf Grund, konnte sich aber selbst vom Grunde losmachen, wobei aber der Anker zum zweitenmal im Kabel hängen blieb, so daß dieses zerissen wurde.

Verlorene Sachen.

Im Monat Juli d. J. sind beim Polizeiamt folgende Sachen als gefunden eingeleistet bzw. angezeigt und bis heute noch nicht abgefordert worden: Mehrere Bortennonneten mit Inhalt, 8 Handtaschen mit Inhalt, 1 Kneifer mit Grau, 1 Geldnotentasche mit einem größeren Gelddbetrag, 1 Lederriemen (Gürtel), 1 graugrüner Hitzhut, 1 Biquarttasche, 1 silberner Teelöffel, 1 Bistenkartentasche, 1 weiße Untertasse, 1 goldene

Die drei gerechten Rammacher.

Erzählung von Gottfried Keller.

8. Fortsetzung.

Die Geschenke wurden von beiden Seiten zurückgegeben mit Ausnahme des Schnepfers; diesen vorzuziehen sie als ein Unterpfand für einen Gulden und achtundvierzig Kreuzer, welche sie ihm einst dar geliehen; der Unwürdige behauptete aber, solche nicht schuldig zu sein, da sie das Geld ihm bei Gelegenheit eines Balles in die Hand gegeben, um die Auslagen zu bestreiten, und sie hätte zweimal so viel verzehrt, als er. So behielt er den Gulden und die achtundvierzig Kreuzer und sie den Schnepfer, mit welchem sie unter der Hand allen Frauen ihrer Bekanntschaft über ließ und manchen schönen Wagen verdiente. Aber jedesmal, wenn sie das Instrument gebrauchte, mußte sie mit Schmerzen der niedrigen Gesinnungsart dessen gedenken, der ihr so nahe gestanden und beinahe ihr Gemahl geworden wäre!

Dies alles war in der lackierten Lade enthalten, wohl verschlossen, und diese war wiederum in einem alten Kuhbaumkranz aufgehoben, dessen Schlüssel die Züs Büngelin allfort in der Tasche trug. Die Person selbst hatte dünne rötliche Haare und wasserblaue Augen, die nicht ohne Reiz waren und zuweilen sanft und weise zu blicken wußten; sie besaß eine Menge Kleider, von denen sie nur wenige und stets die ältesten trug, aber immer war sie sorgsam und reinlich angezogen, und ebenso sauber und aufgeräumt lag es in der Stube aus. Sie war sehr fleißig und half ihrer Mutter bei ihrer Wäscherei, indem sie die feineren Sachen plättete und die Hauben und Manschetten der Selbweilerninnen wusch, womit sie einen schönen Pfennig gewann; von dieser Tätigkeit mochte es auch kommen, daß sie allwöchentlich die Tage hindurch, wo gewaschen wurde, jene strenge und gemessene Stimmung innehielt, welche die Weiber immer während einer Wäsche befallt, daß diese Stimmung sich in ihr festsetzte ein für allemal an diesen Tagen; erst wenn das Glätten anging, griff eine höhere Heiterkeit Platz, welche bei Züs aber jederzeit mit Weisheit gemischt war. Den gemessenen Geist beurkundete auch die Hauptzierde der Wohnung, ein Kranz von vierzig, genau abgezielten Seifenstücken, welche rings auf das Gesimse des Lannengetäfels gelegt waren zum Hartwerden, behufs besserer Nütznutzung. Diese Stücke zerfiel ab und schnitt aus den frischen Tafeln mittelst eines Messingdrahtes jederzeit Züs selbst. Der Draht hatte zwei Querhölzchen an den Enden zum Bequemeren Anfaßen und Durchschneiden der weichen Seife; einen schönen Zirkel aber zum Einteilen hatte ihr ein Zeugschmiedegesell verfertigt und geschenkt, mit welchem sie einst so gut wie verprochen war. Von demselben rührte auch ein blanker kleiner Gemürzmörser her, welcher das Gesimse ihres Schrankes zierlich zwischen der blauen Leinwand und dem bemalten Blumenglas; schon lange war ein solches artiges Mörserchen ihr Wunsch gewesen, und der aufmerksame Zeugschmied kam daher wie gerufen, als er an ihrem Namensstage damit erschien und auch was zum

Stoßen mitbrachte: eine Schachtel voll Zimmet, Zucker, Nagelein und Pfeffer. Den Mörser hing er dazumal vor der Stubentüre, ehe er einztrat, mit dem einen Fingel an den kleinen Finger, und hub mit dem Stökel ein schönes Gelächte an, wie mit einer Glocke, so daß es ein fröhlicher Morgen war. Sein Meister verlangte ohnehin noch den Mörser zurück, da der Enklohe ihn seinem Laden entnommen aber nicht bezahlt habe. Aber Züs Büngelin gab das wertere Andenken nicht heraus, sondern führte einen tapferen und heftigen Prozess darum, den sie selbst vor Gericht verteidigte auf Grundlage einer Rechnung für gewaschene Vorhemden des Entwäschers. Dies waren, als sie den Streit um den Mörser führen mußte, die bedeutungsvollsten und schmerzhaftesten Tage ihres Lebens, da sie mit ihrem tiefen Verstande die Dinge und besonders das Erscheinen vor Gericht um solch zarter Sachen willen viel lebendiger begriff und empfand, als andere leichtere Leute. Doch erritt sie den Sieg und behielt den Mörser.

Wenn aber die zierliche Seifengalerie ihre Werttätigkeit und ihren exakten Sinn verkündete, so pries nicht minder ihren erbaulichen und gesunden Geist ein Häufchen unterrichtlicher Bücher, welches am Fenster ordentlich aufgeschichtet lag und in denen sie des Sonntags fleißig las. Sie besaß noch alle ihre Schulbücher seit vielen Jahren her und hatte auch nicht eines verloren, sowie sie auch noch die ganze kleine Gelehrsamkeit im Gedächtnis trug, und sie wußte noch den Katechismus auswendig, wie das Deklinationbuch, das Rechenbuch, wie das Geographische, die biblische Geschichte und die weltlichen Lesebücher; auch besaß sie einige der hübschen Geschichten von Christoph Smid und dessen kleine Erzählungen mit den artigen Spruchverben am Ende, wenigstens ein halbes Duzend verschiedene Schachfälle und Rosenzärtchen zum Aufschlagen, eine Sammlung Kalender voll bewährter mannigfacher Erfahrung und Weisheit, einige merkwürdige Prophezeiungen, eine Anleitung zum Kartenzeichnen, ein Erbauungsbuch auf alle Tage des Jahres für denkende Jungfrauen und ein altes Exemplar von Schillers Räubern, welches sie so oft las, als sie glaubte es genügend verlesen zu haben, und jedesmal wurde sie von neuem gerührt, hielt aber sehr verständig und ruhende Reden darüber. Alles, was in diesen Büchern stand, hatte sie auch im Kopfe und wußte auf das schönste darüber und über noch viel mehr zu sprechen. Wenn sie zu schreiben und nicht zu sehr beschäftigt war, so ertönte unaufhörliche Reden aus ihrem Munde und alle Dinge wußte sie heimzuweisen und zu beurteilen, und jung und alt, hoch und niedrig, gelehrt und ungelehrt mußte von ihr lernen und sich ihrem Urteile unterziehen, wenn sie lächelnd oder sinnig erst ein Weibchen aufgemerkt hatte, worum es sich handelte; sie sprach zuweilen so viel und sohngewollt, wie eine gelehrte Blinde, die nichts von der Welt sieht und deren einziger Genuss ist, sich selbst reden zu hören. Von der Stadtschule her und aus dem Konfirmationsunterrichte hatte sie die Meinung ununterbrochen beibehalten, Aufsätze und geistliche Memorierungen und allerhand sprachliche Schemata zu schreiben, und so verfertigte sie zuweilen an stillen Sonntagen die wunderbarsten Aufsätze, indem sie an tragenden

wohlklingenden Titel, den sie gehört oder gelesen, die sonderbarsten und unsinnigsten Sätze anreichte, ganze Bogen voll, wie sie ihrem seltsamen Gehirn entsprangen, wie z. B. Ueber das Ruhbringende eines Krankendekretes, über den Tod, über die Heilsamkeit des Entfagens, über die Größe der sichtbaren Welt und das Geheimnisvolle der unsichtbaren, über das Landleben und dessen Freuden, über die Natur, über die Träume, über die Liebe, einiges über das Erlösungswort Christi, drei Punkte über die Selbstgerechtigkeit, Gedanken über die Unsterblichkeit. Sie las ihren Freunden und Anbetern diese Arbeiten laut vor, und wenn sie recht wohlwollte, dem schenkte sie einen oder zwei solcher Aufsätze, und der mußte sie in die Bibel legen, wenn er eine hatte. Diese ihre geistige Seite hatte ihr einst die tiefe und aufrichtige Reue eines jungen Buchbindergeleuten zugezogen, welcher alle Bücher las, die er einband, und ein strebsamer gefühlvoller und unerfahrener Mensch war. Wenn er sein Wäschbündel zu Züs Mutter brachte, dünkte er im Himmel zu sein. So wohl gefiel es ihm, solche herrliche Reden zu hören, die er sich selbst schon so oft idealisch gedacht, aber nicht auszuführen getraut hatte. Schüchtern und ehrerbietig näherte er sich der abwechselnd strengen und berebten Jungfrau, und sie gewährte ihm ihren Umgang und band ihm an sich während eines Jahres, aber nicht ohne ihn ganz in den Schranken klarer Hoffungslosigkeit zu halten, die sie mit sanfter, aber unerbitlicher Hand vorzeichnete. Denn da er neuen Jahre jünger war als sie, arm wie eine Maus und ungeschickt zum Erwerb, der für einen Buchbinder in Selbwohl ohnehin nicht erheblich war, weil die Leute da nicht lasen und wenig Bücher binden ließen, so verbar sie sich keinen Augenblick die Unmöglichkeit einer Vereinigung und suchte nur seinen Geist auf alle Weise an ihrer eigenen Entfaltungsfähigkeit heranzubilden und in einer Wolke von buntschäftigen Phrasen eingeballamieren. Er hörte ihr andächtig zu und wagte zuweilen selbst einen schönen Auspruch, den sie ihm aber, kaum geboten, totmachte mit einem noch schöneren; dies war das geistigste und edelste ihrer Jahre, durch keinen größeren Hauch getrübt, und der junge Mensch hand ihr während derselben alle ihre Bücher neu ein, und baute überdies während vieler Nächte und vieler Feiertage ein kunstreiches und kostbares Denkmäl seiner Verehrung. Es war ein großer einseitiger Tempel aus Papparbeit mit unzähligen Behältern und geheimen Fächern, den man in vielen Stücken auseinander nehmen konnte. Mit den feinsten farbigen und gepreßten Papieren war er beklebt und überall mit Goldbörchen geziert. Spiegeltische und Säulen wechselten ab, und hob man ein Stück ab oder öffnete ein Gefäß, so erblickte man neue Spiegel und verborgene Bilderchen, Blumenbuketts und liebende Pärchen; an den ausgeschweiften Spitzen der Dächer hingen allerwärts kleine Glöcklein. Auch ein Würgel für eine Damenuhr war angebracht mit schönen Häfchen an den Säulen, um die goldene Kette daran zu hängen und an dem Gefäße hin und her zu schlingeln; aber bis jetzt hatte sich noch kein Uhrenmacher genähert, welcher eine Uhr, und kein Goldschmied, welcher eine Kette auf diesen Altar gelegt hätte.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaften.

Die Metallarbeiter in Einheitsfront.

Zur Jenaer Verbandsgeneralversammlung.

Von A. Woldt.

Die Delegierten zur Deutschen Metallarbeitergeneralversammlung nach Jena haben in der Entscheidung um Amsterdam oder Moskau fast überall eine erhebliche Majorität für Amsterdam gebracht. Die kommunistische Richtung ist unterlegen. Die „Zellenbauer“ sind in die Defensive gedrängt worden. Die Grundgedanken der alten freigewerkschaftlichen Organisationsmethoden haben sich heute schon wieder als stark genug gezeigt, den Sturm der syndikalistischen Bewegung abzuwehren.

Der Deutsche Metallarbeiterverband ist die größte Organisation der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Es ist nicht gleichgültig, wie das innere Stimmungsleben der Mitglieder in diesem Verband sich auswirkt, und deshalb haben die Delegierten wählen eine allgemeine Bedeutung. Dazu kommt, daß die Metallarbeiter in ihrem Wirtschaftskampf auf Vorposten stehen und daß damit die inneren Vorgänge im Deutschen Metallarbeiterverband nach wie vor wichtige Rückwirkungen auf den Gesamtverlauf der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ausüben müssen.

Wenn man leidenschaftlos gewisse Führerkämpfe um die Macht über den Verband heute betrachtet, so ist hier sicher nicht immer sachlich und kameradschaftlich gehandelt worden. Aber hinter den miteinander kämpfenden Führerpersönlichkeiten standen doch große sachliche Streitfragen. Das anzuerkennen wird gerade uns von der „alten Richtung“ leicht, denn die „neuen Männer“, die ausgenutzt zum Kampf gegen die „verknöcherte Bürokratie“, sind zurückgetrieben und mühen zurückkehren zu den Methoden der so viel verlässlicheren „Gewerkschaftsbonzen“. Für uns ist die Frage wichtiger, weshalb die politischen Parteifreigewerkschaften aus dem Verbandslieben immer nachdrücklicher ausgeschieden werden müssen und welche Aufgaben dem Metallarbeiter im Wirtschaftskampf gestellt werden.

Denn darin liegt das System der Delegiertenwahlen für Jena: Die parteipolitischen Gegensätze sind ganz bemerkenswert zwischen SPD. und USPD. zurückgetreten. Das geschah sicher unbewußt, die Einigungsaktion ist in Metallarbeiterkreisen wahrhaftig nicht intensiver betrieben worden wie anderswo. Es zeigt sich nun hier, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre eigenen Gesetze hat, gegen die man nicht verstoßen darf, wenn die Gewerkschaftsarbeit erfolgreich sein soll. Dignität und Genossen können wohl im Reichstag der Fraktion der Unabhängigen angehören, können parteipolitisch in Worten radikaler zum Fenster hinausreden, in ihren Gewerkschaftsbüros aber ist es ihnen unmöglich, nach links Konzeptionen zu machen. Mit Dreifachstimmeln haben gegen die Kommunisten gerade Dignität und seine Freunde losgeschlagen müssen, und besonders ihnen werden die Rosoworte „Arbeiterverräter“ am inquisitorisch zugeschiebert.

Wie aber ist unter den Metallarbeitern der Rückgang der kommunistischen Anhängerzahl zu erklären?

Der kommunistische Wunderglaube ist dort am schwächsten fundamantiert, wo es darauf ankommt, sich mit dem Wirtschaftsleben auseinanderzusetzen. Und das muß über kurz oder lang besonders dem Metallarbeiter zum Bewußtsein kommen.

Die Berufswelt der Metallarbeiter ist hochkapitalistisch und doch zugleich in ihren Erscheinungsformen dauernden Veränderungen unterworfen.

Sie ist hochkapitalistisch. Die wichtigsten Wirtschaftszweige der Metallindustrie bilden die Spitze der hochkapitalistischen Entwicklung. Besonders der Maschinenbau in seinen verschiedenen Spezialzweigen ist das Arsenal für den modernen Industrialismus. Hier entstehen die Arbeitsmaschinen, die nacheinander in das Gesamtgebiet der Wirtschaft eindringen. Hier muß sich der kapitalistische Geist zuerst schöpferisch betätigen. Alle moderne Technik fängt bei der Maschine an, und aus den Gebietsstätten der Maschine entstehen dann jene Fabriken der Wunderwerke an Arbeitsteilung und Organisationskunst.

Aber dieser Wirtschaftszweig ist auch unruhig in seiner Entwicklung. Nirgends jagen sich die technischen Erfindungen und Veränderungen im Arbeitsplatz so schnell wie hier. Wir nennen den Bergbau und die Textilindustrie eine moderne Industrie. Gewiß mit Recht. Aber das Produktionsbild ist hier uniform im Vergleich zur Metallindustrie. Die Bergarbeiter und die Textilarbeiter haben in ihren Betrieben eine Maschinenwirtschaft und Arbeiterorganisation, die gleichartiger ist, die Betriebe innerhalb der Spezialzweige zeigen in ihrer Betriebsstruktur eine gewisse Ähnlichkeit miteinander.

Anders in Maschinenbau. Jeder Betrieb, jedes Werk hat sein besonderes Arbeitsbild, das ständig wechselt, dessen Arbeitsplan, Betriebsmittel, Operationsfolge immer und immer wieder nach den Bedürfnissen des Marktes, nach der konstruktiven Veränderung des Fabrikates umgestellt werden müssen.

Diese Umstellung der Arbeit bedingt zugleich eine fortwährende Umstellung der Funktionen des Arbeiters und seiner Berufstätigkeit. Gerade hier trifft das Wort zu, daß die moderne Industrie immer neue Berufe schafft, das heißt immer neue Spezialfunktionen bildet und den Arbeiter immer in den Fluß dieser Entwicklung mit hineinreißt. Es ist kein Zufall, daß die zentralen tariflichen Vereinbarungen hier ihre Grenze finden. Ueber Arbeitszeit, Arbeitspausen, Durchschnittslöhne kann man wohl für einen ganzen Bezirk Vereinbarungen treffen, aber in der Frage des Arbeitslohnes, des Affordes, führt jeder Betrieb sein Eigenleben. Um jede einzelne Teiloperation muß hüten und drüben besonders gekämpft werden.

So befindet sich der Metallarbeiter eigentlich fortwährend in einer gewerkschaftlichen Aktion. Das stetig wechselnde Produktionsbild seines Betriebes zwingt ihn immer und immer wieder im täglichen Kleinkampf zum Angriff oder zur Abwehr.

Auf die Dauer muß ihm deshalb die Gedankenwelt des Kommunismus unbefriedigt lassen. Der Glückszustand, der ihm dort gepredigt wird, liegt in weiter Sicht. Jeden Tag drängt die Gegenwart auf ihn ein, die kapitalistische Praxis. Er muß sich rühren. Ganz unmerklich erziehen ihn seine Berufsverhältnisse zum Wirklichkeitsmenschen.

Deshalb bilden die R. Müller, Maljahn, Eperi, Neumann und Genossen so schnell vorübergehende Erscheinungen, weil man mit den dort gewohnten Agitations Schlagworten den modernen Industriekapitalismus, wie er gerade in der Berufswelt des Metallarbeiters jeden Tag in Erscheinung tritt, nicht meistert.

Möge die Verbandsgeneralversammlung in Jena für die Metallarbeiter einen Schritt weiter zur Gesundung der Gewerkschaftsverhältnisse bedeuten.

nationalen Arbeiterbewegung zu werden.

Der ADGB im Jahre 1920.

Der Vorstand des ADGB. berichtet in Nr. 228 des „Korrespondenzblattes“ über seine Tätigkeit im Jahre 1920. Daraus ist zu ersehen, daß die von den Moskauer vielverkauften „Amsterdamer“ eine rührige Tätigkeit im In- und Auslande zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse entfaltet haben.

Am 1. Juni 1920 wurde die Errichtung einer gemeinschaftlichen Betriebsrätezentrale des ADGB. und des Afa-Bundes bekanntgegeben und gleichzeitig die Richtlinien für die örtliche Zusammenfassung der Betriebsräte veröffentlicht.

Ferner wurde die Bildung eines geschäftsführenden Ausschusses der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und eines provisorischen Beirats beschlossen. Der Beirat beschloß in seiner ersten Sitzung die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses am den 5. Oktober 1920. Der Verlauf des Kongresses ist bekannt.

Die Auflage der „Betriebsrätezeitung“ beträgt 115 000 Exemplare; Ausweiskarten sind bisher 221 000, Informationsbrochüren 157 000 verkauft, und von den Fragebogen wurden 51 000 Stück ausgegeben.

Die Jahresabrechnung 1920 des Bundesvorstandes schließt ab mit einer Totalsumme von 13 155 650,92 Mk., ein Mehr gegen das Jahr vorher von 11 639 610,70 Mk., darunter ein Betrag von 7 244 240,85 Mk., der sich aus der Schwedischen Kreditaktion ergeben hat. Darüber hinaus ist die Steigerung zurückzuführen auf verschiedene Unterstützungsaktionen, die im Laufe des verfloffenen Jahres vor sich gingen. Sie sind in der Abrechnung zusammengefaßt in dem Unterstützungsconto, das mit einem Betrage von 1 298 272,96 Mk. abschließt.

In gleicher Weise wie die laufenden Einnahmen sind auch die laufenden Ausgaben gestiegen. Zur Erhöhung der Ausgaben haben in erster Linie beigetragen die Errichtung der Betriebsrätezentrale und die Herausgabe der Betriebsrätezeitung, die zusammen eine Ausgabe von 224 911,85 Mk. verursachten. Hinzukommt die Einstellung mehrerer Hilfskräfte in die Büros des Bundesvorstandes und seine einzelnen Abteilungen sowie die Erhöhung des Betrages an den Internationalen Gewerkschaftsbund. Im übrigen ist die Steigerung der Ausgaben zurückzuführen auf die Entwertung des Geldes und die Steigerung der Preise für alle Gebrauchsgegenstände. Aus diesem Grunde stellen sich die Ausgaben unter den einzelnen Titeln und Ziffern bedeutend höher als im Jahre vorher. Die Steigerung der Ausgaben gegen das Vorjahr betrug: Bundesvorstand, sächliche und persönliche Verwaltungskosten, 200 995,62 Mk.; Bibliothek 1284,92 Mk.; Kongresse und Konferenzen 144 943 Mk.; Druckkosten 25 769,60 Mk.; Beitrag an das Internationale Gewerkschaftssekretariat 135 213 Mk.; Agitation 426 449,37 Mk.; Verlag 143 449,08 Mk.; Zentralarbeitersekretariat 54 230,37 Mk.; Sozialpolitische Abteilung 84 216,17 Mk.

Das „Korrespondenzblatt“ hatte auch im abgelaufenen Jahre noch immer unter Raumangel und den ungeheuren Papierpreisen zu leiden. Dies hatte ebenfalls zur Folge, daß die Zahl der Beilagen noch immer nicht wieder auf den Stand der Vorjahreszeit gebracht werden konnte. Die Auflage beträgt zurzeit 61 000 Exemplare.

An der Erscheinungsweise des „Gewerkschaftlichen Nachrichtenblattes“ hat sich nichts geändert, und die Auflage von 450 Exemplaren ist die gleiche geblieben.

Im verfloffenen Jahre ist das in polnischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt „Oswiata“ wöchentlich einmal herausgekommen.

Die Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege.

Als erster Deutscher hat der Genosse Sassenbach nach dem Kriege wieder vor belgischen Genossen, vor einer großen Anzahl von Delegierten der belgischen Gewerkschaftskommission und des Parteivorstandes gesprochen und dabei die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege behandelt. Schon vor neun Jahren, so führte er aus, habe ich über dieselbe Frage an diesem selben Orte gesprochen. Seitdem haben die Wässer schwere Dinge erlebt, eine Flut von Haß und Richtigkeiten ist noch immer zu überwinden, ehe die Völker wieder zueinander reden können. Deshalb freut es mich besonders, daß ich vor den Vertretern der belgischen Arbeiterchaft über die Gewerkschaftsbewegung sprechen darf, deren Fortschreiten uns alle gleichmäßig interessiert, und nicht über den Krieg, der uns getrennt hat. Ich weiß, daß ebenso wie unsere Arbeiter mit großem Anteil die Entwicklung der belgischen Gewerkschaften verfolgen, auch die Belgier die Gewerkschaftsbewegung in der jungen deutschen Republik interessiert.

Im Kampf für ein neues Deutschland haben die Gewerkschaften eine ausschlaggebende Rolle gespielt und gerade deshalb weiß ich, daß die belgischen Genossen mit größtem Interesse meinen Ausführungen folgen werden. Denn während die politische Vertretung der Arbeiterchaft Deutschlands sich während des Krieges spaltete, ist ihre wirtschaftliche Vertretung unbeeinträchtigt geblieben von all diesen Zerplitterungen, und wir dürfen hoffen, daß gerade diese unerschütterliche Einheit der Gewerkschaftsbewegung die Annäherung der beiden sozialistischen Parteien, die heute in der Luft liegt, erheblich erleichtern wird. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung gab ihr auch großen politischen Einfluß. Gerade im Rapp-Bußch waren die Gewerkschaften und nicht die politischen Parteien die Führer der Abwehrbewegung. Unser inzwischen verstorbenen Genosse Legien war in jenen bösen Tagen der einflussreichste Mann Deutschlands und die Gewerkschaften die Retter der jungen Republik.

Wohl ist von Seiten der Kommunisten alles mögliche geschehen, um diese glückliche Einheit zu zerprengen. Wir wissen aber, daß das ein Unglück für unser Volk wie für die internationale sozialistische Bewegung wäre, und werden deshalb diese Sprengversuche mit aller Kraft zurückweisen. Ich bin überzeugt, daß wie bisher, so auch in Zukunft, die kommunistischen Führer niemals stark genug sein werden, um unsere alten Gewerkschaften zu zerstückeln. Den kommunistischen Versuchen leistet jeder die schnelle Zunahme der organisierten Gewerkschaftler seit der Revolution gewissen Vorstoß. Vor dem Krieg hatten wir ungefähr 2½ Millionen Mitglieder, gegen Ende des Krieges war 1 Million ungefähr ausgeschieden, aber jetzt zählen wir etwa 8 Millionen. Ganz neu sind die gewerkschaftlichen Landarbeiterverbände, deren Entwicklung erst durch die Gewährnung der Koalitionsfreiheit für ländliche Arbeiter nach der Revolution möglich war. Es sind jetzt etwa 800 000 ländliche Arbeiter organisiert. Aber unter diesen vielen neuen Mitgliedern gibt es recht viel zweifelhafte und unsichere Elemente. Nach der Revolution kamen die Unentschiedenen und Kirchhamen, die vor dem Kriege sich nicht zu organisieren wagten, aber befehliger sind die, die aus häßlichem Ehrgeiz und Egoismus die Gewerkschaften jetzt als gute Futtertröpfe zu benutzen glauben. Dazu kommen alle die, die hoffen, daß nach der Revolution für den Arbeiter das Paradies auf Erden kommen würde, und nun den Gewerkschaften den Vorwurf machen, sie treten nicht energisch genug für die Steigerung der Lebenshaltung des Arbeiters ein.

Nichtsdestoweniger können wir mit gutem Glauben in die Zukunft sehen, vor allem die Betriebsräte machen gute Fortschritte und werden zur Befestigung der Stellung der Gewerkschaften beitragen. Es ist uns gelungen, die kommunistischen Elemente, die die Betriebsräte unabhängig und am liebsten gegen die Gewerkschaften ausbauen wollten, ganz zurückzuweisen. Jetzt sind die Betriebsräte ganz in den Händen der Gewerkschaften und arbeiten eng mit ihnen zusammen.

Zum Schluß wies Sassenbach auf die Bedeutung der Amsterdamer Internationale hin, deren stärkster Stützpunkt die große deutsche Gewerkschaftsbewegung ist. Unter lebhaftem Beifall der belgischen Genossen schloß er mit dem Wunsch, daß diese Amsterdamer Internationale dazu beifolien möge, ein Element der Befreiung und Brüderlichkeit der internationalen Arbeiterbewegung zu werden.

Buchdruckerkreis. Der Zeitungskreis in Mainz hat sich auf den ganzen Mainzer Bezirk ausgedehnt. In Wiesbaden und Worms erscheinen nur die Verlage der Mainzer Volksetzungen gedruckten Kopfbücher. Auch die kleinen Orte der Umgebung sind ohne Zeitungen.

**Steckenpferd-
Seife**
die beste Liniennüchse für zarte weiße Haut

1. die Zahl der an abfindungsberechtigten Schiffen beschäftigten Arbeiter zurzeit eine erhebliche höhere sei, als wie zum 1. Oktober vorigen Jahres;
2. ein Teil der Werften die pro Arbeiter und Jahr von der Schiffbauhandbank veranschlagte Umschlagquote bei der eingeforderten Bauumme um ein wesentlich Höheres eingestellt hatten.

Zu 1 wurde dargelegt, daß die zurzeit auf den Werften beschäftigte Arbeiterzahl rund 100 000 betrage, von denen 60 000 an abfindungsberechtigten Schiffen beschäftigt werden sollen, während für 40 000 Arbeiter mit anderer Beschäftigung gerechnet wird. Die Tatsache, daß den Werften nach dem vorliegenden Bauprogramm nur ein Teil der von ihnen eingeforderten Bauumme seitens der Schiffbauhandbank bewilligt werden könnte, veranlaßte einen Teil der Werftbesitzer, sofort Arbeiterentlassungen in größerem Maße anzukündigen. Am 28. Juni fand nun in Hamburg eine von sämtlichen Werften zahlreich besetzte Werftarbeiterkonferenz statt, die sich mit den vorliegenden Verhältnissen auf den Werften beschäftigte. Einmütig wurde eine Entschließung gefaßt, die wir in Anlage beifügen. Der Beschluß der Werftarbeiter verlangt im besonderen:

- a) Kürzung des vorgesehenen Bauprogramms von fünf auf drei Jahre.
- b) Die Werften müssen alles aufbieten, um andere Arbeiten mit heranzuziehen.
- c) Von den Reedereien ist zu verlangen, daß sie auch aus eigenen Mitteln weitere Schiffbauten ausführen lassen.
- d) Soweit die unter a bis c angeführten Mittel nicht ausreichen, muß die Streckung der Arbeit durch Einlegung von Feiertagen oder einer verkürzten Arbeitszeit erfolgen, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden.

Diesen Beschluß der Werftarbeiterkonferenz haben die Betriebsräte den einzelnen Werftbesitzern unterbreitet. Ebenso haben sie die Entschließung in den einzelnen Kommissionen, die im Reedereiabfindungsvertrag vorgesehen sind, vorgelegt und eingehend begründet, so unter anderem am 19. Juli dieses Jahres in einer Sitzung des Bauausschusses in Hamburg. Die Sitzung des Bauausschusses hat es abgelehnt, zurzeit einen Beschluß über eine etwaige Herabsetzung des Bauprogramms von fünf auf drei Jahre zu fassen. Gegenüber der Forderung an die Werften, andere Arbeiten heranzuziehen, wurde darauf hingewiesen, daß dies zurzeit inmitten der Krise manchen Schwierigkeiten begegne. Im besonderen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß ein Teil der Werften, die sich nach dem Kriege für Reparaturen und Neubau von Eisenbahnfahrzeugen (Güter- und Personenwagen, Lokomotiven) umgesehen haben, vor der Gefahr stehen, daß ihnen die bisher von der Reichseisenbahnverwaltung überwiesenen Arbeiten völlig oder teilweise entzogen werden, wodurch die drohende Katastrophe auf den Werften eine weitere Verschärfung erfahren würde. Eine Erklärung darüber, inwieweit die Reeder aus eigenen Mitteln zum Schiffbau beitragen, wurde nicht abgegeben. Schließlich muß mit der Tatsache gerechnet werden, daß selbst die Forderung der Werftarbeiter, daß eine Streckung der Arbeit erfolgen muß, um Massenentlassungen vorzubeugen, bei einem Teil der Werftbesitzer nicht die notwendige Beachtung findet. Im Gegenteil, es sind bereits Fälle zu verzeichnen, bei denen Werftbesitzer die Einlegung von Feiertagen ablehnen und lieber dazu übergehen, einfach Arbeiter in großer Zahl zu entlassen. Einem solchen Vorgehen von Werftbesitzern kann und darf nicht teilnahmslos zugehört werden. Wenn sich auf der einen Seite die verschiedensten Organe und Körperschaften von Reich, Staat und Kommunen dauernd und ernstlich mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigen, und wenn erst kürzlich der deutsche Reichstag nach wochenlangen Vorberatungen im fünften Ausschusse eine Reihe von Beschlüssen faßte, die einer weiteren Ausdehnung der Arbeitslosigkeit entgegenwirken sollen, so kann im vorliegenden Falle nicht zugelassen werden, daß viele Tausende von Werftarbeitern einfach aufs Straßenpflaster gestoßen werden, ohne daß alle Möglichkeiten erschöpft worden sind, um die betreffenden Werftarbeiter vor einer Arbeitslosigkeit zu schützen. Die Pflicht eingreifender Maßnahmen ist doppelt geboten, dadurch, daß sich die von Massenentlassungen bedrohten Werftarbeiter auf einen kleinen Teil von Orten des Reiches konzentrieren, Orte, die an sich bereits seit Jahren unter den Einwirkungen der Krise aufs schwerste leiden (siehe u. a. Hamburg). Werden die Werften in der Hauptfache beschäftigt für Neubau von Schiffen, deren Bezahlung durch Reichsmittel erfolgt, so geht es unmöglich an, daß die Regierung zusehen kann, wenn Werftbesitzer ohne vorherige Erschöpfung aller anderen Maßnahmen zu Massenentlassungen übergehen.

Hier ist ein Eingreifen der Reichsregierung zwingend geboten. Neben den Beschlüssen der Werftarbeiterkonferenz vom 26. Juni d. J. weisen wir darauf hin, daß es möglich sein muß, aus den im Nachtragsetat des Reichsverkehrsministeriums für den Neubau von Fahrzeugen vorgesehenen 1500 Millionen Mark einen Teil der Aufträge mit an Werften zu vergeben. Dies ist notwendig, damit nicht neben dem zur Einschränkung gelangenden Schiffbau auch den für andere Arbeiten vorgesehenen 40 000 Arbeitern auf den Werften ein Teil ihrer bisherigen Arbeit entzogen wird.

Im übrigen wiederholen wir mit aller Dringlichkeit den bereits in der Bauausschlußsitzung vom 19. Juli d. J. gemachten Vorschlag, der dahin geht:

Die Werftbesitzer müssen zunächst von Arbeiterentlassungen Abstand nehmen. Ist es unmöglich, auf eine längere Zeitdauer die zurzeit auf den Werften beschäftigten Arbeiter in voller Zahl an diesen Stellen zu halten, so muß entsprechend den Beschlüssen des Reichstages sowohl in der Umschichtung bestimmter Arbeiterkategorien wie in der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung ein planmäßiges Zusammenarbeiten der einzelnen Stellen des Reiches, der Staaten, Kommunen, Gewerkschaften, Betriebsräte, Werftbesitzer und der Schiffbauhandbank erfolgen, um über die gefestigten Schwierigkeiten hinwegzukommen. Es ist sinnlos, Arbeiter in größerer Zahl erst dem Arbeitslosenstand preiszugeben und sie dabei zu verzögern auf später zu schaffende andere Arbeitsmöglichkeiten. Im gegenseitigen Sinne muß Verfahren werden. Ergibt sich die zwingende Notwendigkeit eines Eingreifens, so muß erst andere Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, um dann mit einer bestimmten Umschichtung und Arbeitsvermittlung für die Arbeiter vorzugehen, die auf den Werften nicht über einen bestimmten Zeitraum hinaus gehalten werden können. Stehen wir vor diesen Notwendigkeiten, muß umgehend in der Nähe des Wohnortes der von Arbeitslosigkeit bedrohten Werftarbeiter daran gegangen werden, Arbeitsmöglichkeiten, und sei es zunächst in der Form einer produktiven Erwerbslosenfürsorge, zu schaffen. Solche Möglichkeiten dürften sich u. a. ergeben:

Durch die Inangriffnahme von Hafenarbeiten, Arbeiten der Eisenbahnverwaltung in verschiedenster Art, Bau- und Straßenarbeiten, wie andere Arbeiten, die in den Beschlüssen des deutschen Reichstages vom 7. Juli 1921 (133. Sitzung) niedergelegt sind.

Diese Vorbereitungen und Inangriffnahme anderer Arbeiten, die Arbeitsvermittlung und Unterbringung von Werftarbeitern, soweit letztere nicht auf einen längeren Zeitraum auf den Werften wegen Mangel an Beschäftigung gehalten werden können, erfordern eine gewisse Spanne Zeit. Während dieser Ubergangszeit, die etwa ein einige Monate beansprucht, muß bei denjenigen Werften, bei denen Arbeiterentlassungen in drohender Nähe gerückt sind, ein bestimmter Ausgleich durch die Schiffbauhandbank vorgenommen werden.

Wir erwarten von den zuständigen Stellen der Reichsregierung, daß sie sofort die notwendigen Vorkehrungen treffen, um der katastrophalen Massenentlassung von Werftarbeitern zu begegnen.

Einer baldigen Rückänderung sehen wir entgegen.
Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes.
A. v. D. H. M. A. n.

Flagen-Müller ausgeschlossen. Als Müller am 1. Juli in der Vorstandssitzung des Deutschen Transportarbeiterverbandes aus der Diskussion den richtigen Schluss zog, daß er abgewirtschaftet habe, baute er als kluger Mann vor und trat „freiwillig“ aus der Organisation aus. Damit waren aber die gegen ihn vorliegenden drei Ausschlußanträge, die außerdem von der Gesamtkonferenz erneut aufgenommen wurden, nicht erledigt.

Der Ausschluß aus einer gewerkschaftlichen Organisation ist eine Bestrafung für unsozialistisches Verhalten oder Schädigung der Arbeiterbewegung, der man durch rechtzeitigen Austritt nicht entgehen kann. Er ist zugleich ein Warnruf an andere Arbeiterorganisationen, vor dem Gefährlichen auf der Hut zu sein, während einem freiwillig Ausgeschiedenen der Weg in eine andere oder der spätere Wiedereintritt in die alte Organisation offen steht. Um dies zu verhindern und um gleichzeitig aller Welt zu offenbaren, daß Müller einzig als Privatmann handelt, spricht und schreibt, hat der Vorstand des Deutschen Transportarbeiterverbandes das ehemalige Mitglied Paul Müller aus der Organisation ausgeschlossen.

Aus aller Welt.

Die Vorbefehlschwärze am Rhein. Für die Befehlstruppen sind allenthalben in den Städten öffentliche Häuser errichtet worden, die skandalös und demoralisierend auf die Bevölkerung wirken müssen. Eine genaue Feststellung aller im besetzten Gebiete bestehenden Bordelle war leider bisher nicht möglich. Es existieren aber bestimmt öffentliche Häuser: in Kreuznach 1 für farbige französische Truppen, in Bad Gms 1, in Saarbrücken 2 für Militär (allgemein), in Wiesbaden 1, anziehend nur Marokkanerinnen enthaltend (das Haus ist von den französischen Behörden requiriert worden), ferner 2 mit weißen Mädchen, von denen sich eins in der Delaspestraße, wenige Schritte von der Hauptverkehrsstraße, befindet, in Diez 1 mit arabischen Mädchen (das Haus ist ebenfalls von der Besatzung requiriert worden), in Langenschwalbach 1, in Höchst a. M. 2 (die der Stadt 29 000 Mk. Einrichtungskosten verursachten), in München-Glabach 1, in Speyer 1 (das auf Anordnung des französischen Kommandanten errichtet und an einen Unternehmer verpachtet wurde), in Ludwigshafen 1 (das sich im 1. Stock eines großen, von hundertreichen Familien bewohnten Hauses befindet), in Kaiserslautern 1, in Landau 1 (ebenfalls auf Anordnung des französischen Kommandanten errichtet, wozu nur französische Soldaten Zutritt gestattet ist), in Mainz 1 mit arabischen Mädchen (ausschließlich für farbige Truppen bestimmt), in Bingen 1 (was der Stadt 40 000 Mk. Einrichtungskosten verursacht hat). In Worms wurden vorhandene Bordelle fürzer mit Mädchen besetzt; in Kofheim befindet sich eins mit arabischen Mädchen.

Die Gesamtzahl der Kriegsverstümmelten. Auf Grund der neuesten Zusammenstellungen des Internationalen Arbeitsbureaus

werden in der „Limeschau“ die Ziffern angegeben, die uns das ganze traurige Bild der durch den Krieg herbeigeführten Verwundungen enthüllen. Im ganzen beläuft sich die Zahl der Kriegstruppen auf etwa 10 Millionen. Davon kommen auf Frankreich 1 500 000, auf Deutschland 1 400 000, auf Großbritannien 1 170 000, auf Italien 570 000, auf Polen 320 000. Die Vereinigten Staaten haben 248 000 Kriegskranke zu beklagen, die Tschechoslowakei 175 000, Oesterreich 164 000, ebensoviel Serben, Kroaten und Slowenen, Kanada 88 000 und Belgien 40 000.

Holzgeist statt kölnisches Wasser. Seit einiger Zeit wurde verflucht, Flaschen der Firma Johann Maria Karina vom Kiliansplatz in Köln in den Verkehr zu bringen. Wie sich herausstellte, enthielten diese Flaschen statt des kölnischen Wassers gemeingefährlichen Holzgeist. Mit den Ermittlungen zur Aufdeckung des Betruges wurde ein Berliner Detektiv betraut. Diesem gelang es, festzustellen, daß als Hersteller ein gewisser Benno Chaim aus Dortmund in Frage kam, der in der Alazienstraße einen Keller gemietet hatte, wo die Flaschen mit Holzgeist gefüllt und dann mit einem gefälschten den Originalen nachgemachten Etikett besetzt wurden. Bei einer Durchsichtigung dieses Kellerraumes wurden nicht weniger als 10 000 dieser Etiketts vorgefunden. Zum Vertrieb des „kölnischen Wassers“ war Berlin und die Provinz in drei eingeteilt worden, die durch besondere Vertreter besetzt werden sollten. Chaim wurde verhaftet, und auch der Brennapparat beschlagnahmt.

Meuterei in einer österreichischen Strafanstalt. In der Strafanstalt Stein kam es zu Meutereien der Sträflinge. Die Sträflinge, die unter der Hölle der letzten Lage in den Zellen leiden, waren über die Verweigerung erbitterter Erleichterungen des Reglements erbittert. Ein Teil von ihnen verweigerte nach dem Spaziergang im Gefängnishof die Rückkehr in die Zellen. Die Gefängnisdirektion ließ eine 70 Mann starke Kompanie Reichswehr herbeiholen. Die Sträflinge begannen, die Gefängnisrichtung zu demolieren und die Soldaten mit demolierten Gegenständen zu bewerfen, so daß diese gezwungen waren, Feuer zu geben, wobei drei Sträflinge getötet und zahlreiche verwundet wurden. Am Abend war die Ruhe wieder hergestellt. Gendarmerie ist zur Verstärkung der Bewachung und zur Unterstützung der Gefängnisverwaltung herangezogen worden.

Theater und Musik.

Die volkstümlichen Konzerte, die bisher vom Verein der Musikfreunde veranstaltet wurden, sind nunmehr, ebenso wie die Sinfoniekonzerte, in den Aufgabenkreis des Stadttheaters hineingezogen. Das war notwendig, nachdem der Musikverein auf die Zustimmung des Orchesters und die Ausführung von Orchesterkonzerten ausdrücklich verzichtet hatte. Ob dieser Wechsel sich bewähren wird, muß die Zukunft lehren. Das erste volks-

tümliche Konzert, das am Montag im Stadttheater stattfand, ließ jedoch erkennen, daß die Güte der Darbietungen durch die veränderten Verhältnisse keinerlei Einbuße erlitten hat. Der Kapellmeister *Manusca*, der vortreffliche geschmack- und temperamentovolle Dirigent, hatte ein Programm zusammengestellt, das hohen künstlerischen Anforderungen genügt und durch eine sorgfältige Wiedergabe zu schöner Wirkung gelangte. Im ersten Teil kamen hier seltener gehörte Werke von Klughardt, Verhey (ein Konzert für Flöte und Oboe), und Mozart (die überaus lebenswichtige *Meinere d-Dur-Sinfonie* Nr. 85) zum Vortrag, während der zweite Teil bekanntere und beliebte Musikstücke brachte. Das zahlreiche Publikum bereitete dem Dirigenten und seiner Musikerschaft eine überaus freundliche Aufnahme, die in dem Geleisteten wohl begründet war. So wurde die Konzertsaison vielversprechend begonnen. Möge es ihr nicht an der Anteilnahme des Publikums fehlen.



Schreibzettel: Urbin überall zu beziehen! Terpeninöl-Ware in Dosen mit Bänderrolle

5069

Lübecker Straßenbahn.

Hierdurch werden die neuen Fahrpreise der Lübecker Straßenbahn ab 11. August 1921 bekanntgegeben.

Die Erhöhung besteht in der Erhebung eines Sonntagsszuschlages von 20 Pfg. und in der Erhebung des doppelten Fahrpreises auf allen Wagen, die nach 9 Uhr abends die Endstelle verlassen.

Fahrpreise ab 11. August 1921.

- a. Einzelfahrpreise.**
- | | |
|---------|---------|
| 2 Zonen | 60 Pfg. |
| 3 | 80 |
| 5 | 100 |
| 7 | 120 |
| 9 | 140 |
| 11 | 160 |
- b. Fahrpreise ohne Zonenbegrenzung für Schüler.**
Fahndel zu 15 Stück zum bisherigen Preise von 7.50 Mk.
- c. Monatskarten, nur gültig an Werktagen.**
- | | | |
|-------------|----------|----------|
| für 2 Zonen | 27.— Mk. | 53.— Mk. |
| 3 | 36.— | 71.— |
| 5 | 44.— | 85.— |
| 7 | 52.— | 95.— |
| 9 | 59.— | 111.— |
| 11 | 64.— | 124.— |
- d. Beförderung von Gepäckstücken und Hunden.**
Fahrpreise wie zu a. für Personenbeförderung.
- e. Fahrgelbzuschlag an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen.**

Auf alle Einzelfahrpreise, einschließlich der Bündelfahrpreise für Ermäßigte, jedoch mit Ausnahme der Bündelfahrpreise für Schüler, wird an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ein Zuschlag von 20 Pfg. erhoben und zwar in der Weise, daß Einzelfahrpreise mit einem um 20 Pfg. erhöhten Verkaufsdruck für die Fahrkarte ausgetauscht werden oder sinngemäß Bündelfahrpreise mit einem um 20 Pfg. erhöhten Verkaufsdruck in Zahlung zu geben sind.

f. Abendzuschlag auf allen Wagen, die nach 9 Uhr abends die Endstelle verlassen.
Sowohl der Werktags- als auch Sonntags-Fahrpreis verdoppelt sich auf allen Wagen, die nach 9 Uhr abends die Endstelle verlassen, für Fahrten auf Einzelfahrpreise, Bündel- und Schülerfahrpreise durch Ausgabe bezw. Entwertung von je 2 gleichen Fahrpreisen.

Ebenso ist für Hunde- und Gepäckstücke mit Einlegen des Abendzuschlages der doppelte Fahrpreis (Personenfahrpreis) zu entrichten.

g. Monatskarten.
Monatskarten werden vom Abendzuschlag nicht betroffen und haben, wie bereits oben vermerkt, nur an Werktagen Gültigkeit.

h. Ein- und zweimaliges Umsteigen.
Auf alle Einzelfahrpreise ist einmaliges Umsteigen gestattet, wenn dies bei der Lösung unter Zielangabe ausdrücklich verlangt wird.

Im Verkehr von Linie 10 und 15 nach dem Holtenauer auf Linie 4, 3, 9, 10, 11, 12 und umgekehrt wird bis auf weiteres ein zweimaliges Umsteigen gestattet, wenn dies den Schaffnern vor Kennzeichnung des Fahrscheines unter ausdrücklicher Zielangabe bekanntgegeben wird. Als Zwischenstation darf in diesem Falle nur die Linie 1 oder 2 benutzt werden.

Zur Beachtung. Zur Verwertung alter Fahrscheine bediene sich auch als Quittung für 60 Pfg. Fahrgeld ein 15-Pfg.-Fahrschein herausgibt.

Die Fahrscheine haben zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten darauf zu achten, daß ihre Fahrscheine mit dem entsprechenden Fahrgeld übereinstimmen.

Lübeck, im August 1921.

Die Betriebsbehörde
Abtlg. Straßenbahn

Die millionenfach bewährte
Oel-Wachs-Schuhkrem
Diamondine
in bester Friedensqualität
wieder erhältlich

Man verlange Dosen mit
eingelegtem Zettel:
„Friedensware“

Hersteller: Rud. Starke-Melke & Co.

Parteisekretär.

Im Bezirksverband Schleswig-Holstein, 4. Unterbez. (Kreis Nord- und Süderdithm., Steinburg u. Pinneberg), ist das Amt des Sekretärs baldigst zu besetzen. Bewerbungen sind bis 23. August einzulenden an Bezirksverb.-Vorst., Kiel, Alente 21, II.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Vermählung, besonders dem Trommler- und Pfeifertorps des Arbeiter-Landvereins herzlichsten Dank.

W. Eneick und Frau,
geb. Balla.
Eine Waisfrau gesucht.
5067 Retzringstr. 26.

Zu sofort (5071)

4 bis 5 Maurer
J. & W. Rubien
Baugeschäft
Travemünde.

H. u. Damesh, Gr. 30, a. u. (5077) Borkestraße 13a.

Altehrhr., Komm., Soja, (5051) a. def. gesucht. Al. Gröppelgrube 5.

H. Dr. Dan-Schabe (5071) a. u. Aitendornstr. 51.

H. Dr. Dan-Schabe (5071) a. u. Aitendornstr. 51.

Die neuen Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Neueste Ausgabe!
Kommentar zum Betriebsrätegesetz.
Enthaltend u. a.:
Musterarbeitsordnung u. Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums.
Von Dr. Georg Flatow.
Preis Mk. 12.50.
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
Einzig, farbige gedruckte humoristische Satire der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Erhält alle vierzehn Tage Preis der Nummer 60 Pf.
Bestellungen werden entgegengenommen von der Geschäftsstelle dieses Blattes und von den folgenden Zeitungen

Wollgarne
während des Saison-Ausverkaufs

100 Gr. grau u. schwarz	9.—
100 „ grau u. schwarz	10.—
1/2 Pfd. Land-Wolle	14.—

Johannes Holst
LÜBECK (5088)
Markt 6. Kohlmarkt 6.

Programm-Entwurf
der S.P.D.
Ein Kommentar.
Preis Mk. 6.—
Zu haben bei
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Siertatin-Schrot
bestes Mischfutter für Schweine
Sierk's Ferkelschrot
sehr zu empfehlen
Liefere in altbekannter Qualität
H. H. Sierk & Sohn
Mühlentwerke Harburg a. d. Elbe.
Niederlage:
A. Steen, Stoddersdorf b. Lübed.
(5080)

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46